

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Telephon: Amt Dönhoff 4196/4198



Adresse für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Telephon: Copalton 8

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Kündigung spätestens 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 27. März 1930

Rücktritt des Kabinetts Müller.

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

SPD. Der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten am Donnerstag-Abend um 8 Uhr die Demission des Gesamtkabinetts überreicht.

Das Kabinett Müller hat am Donnerstag-Abend seinen Rücktritt erklärt. Nach tagelangen Verhandlungen hat die Regierung diesen Beschluss gefasst, weil sie keine Möglichkeit gesehen hat, über die Finanzfragen eine Verständigung unter den Regierungsparteien herbeizuführen. Da auch das Kabinett nicht mehr völlig einheitlich zu seinen früheren Beschlüssen stand, die die Zustimmung des Reichsrats gefunden haben und dem Reichstag bereits vorliegen, hat es den Rücktritt vorgezogen, statt den Versuch zu machen, im Reichstage eine Mehrheit für seine Vorschläge zu erhalten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wäre bereit gewesen, der Reichsregierung bei einem solchen Versuche zu folgen. Sie hat nahezu einmütig den Beschluss gefasst, die ursprüngliche Vorlage der Reichsregierung zu billigen, hat aber gleichzeitig die Kompromissvorschläge der bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Für diese Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war entscheidend, dass in der ursprünglichen Regierungsvorlage die Sanierung der Arbeitslosenversicherung eine befriedigende Regelung gefunden hatte. Unter dem Einfluss der vier sozialdemokratischen Minister hatte das Reichskabinett beschlossen, die Beiträge bis zu 4 Prozent zu erhöhen, Reichszuschüsse von 200 Millionen zu leisten und die Darlehenspflicht des Reiches unbeschränkt aufrechtzuerhalten. Dadurch wäre der voraussichtliche Fehlbetrag der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung im Jahre 1930 von 450 Millionen voll gedeckt worden. Diese Regelung aber fand scharfen Widerstand bei der Deutschen Volkspartei, die sich auch nach dem Mannheimer Parteitag als erbitterter Gegner der jetzigen Leistungen der Arbeitslosenversicherungen zeigte.

In diesem Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie, die die Leistungen der Arbeitslosenversicherung voll aufrechterhalten wollte, und der Deutschen Volkspartei, die den Abbau der Leistungen erzwingen wollte, stand das Zentrum nicht an der Seite der Sozialdemokratie, sondern suchte zu vermitteln. Diese Vermittlung aber sollte gefunden werden durch Zugeständnisse an die Deutsche Volkspartei. In dem letzten Kompromissvorschlag des Zentrums sollte der bisherige Beitrag von $3\frac{1}{2}\%$ beibehalten werden, obwohl nach den Berechnungen des Finanzministers Moldenhauer ohne weitere Beitragserhöhung ein beträchtlicher Fehlbetrag entstehen müsste. Über die Deckung des Fehlbetrages sollte im Spätsommer eine Entscheidung getroffen werden, für die drei Möglichkeiten bestanden: Erhöhung der Beiträge, Beschaffung von Mitteln durch neue indirekte Steuern oder der Abbau der Leistungen.

Die sozialdemokratische Fraktion konnte diesen Plänen nicht zustimmen,

weil damit die Leistungen der Arbeitslosenversicherung auf das stärkste gefährdet worden wären. Von den drei Möglichkeiten wäre praktisch nur der Leistungsabbau in Frage gekommen. Denn eine Erhöhung der Beiträge sollte nach den Erklärungen der Deutschen Volkspartei erst erfolgen, nachdem der Abbau der Leistungen vorgenommen wären. Neue indirekte Steuern aber wären sowohl sachlich als auch politisch auf grösste Schwierigkeiten gestossen, da nach den letzten Steuererhöhungen der Spielraum für indirekte Steuern nahezu erschöpft ist. Der Abbau der Leistungen, den die Sozialdemokratie seit mehr als einem Jahre unbeugsam bekämpft hat, wäre also nicht verhindert worden.

Die Sozialdemokratie war bereit, um die Arbeitslosenversicherung zu sanieren, weitgehende Zugeständnisse bei der Erhöhung der Verbrauchssteuern und der künftigen Senkung von direkten Steuern zu machen. Weil die Arbeiterklasse ein grosses Interesse daran hat, dass die öffentlichen Finanzen in Ordnung sind, war die Sozialdemokratie bereit, auch den breiten Massen der Bevölkerung Opfer für die Finanzsanierung zuzumuten. Sie konnte das umso eher, wenn damit eine Sicherung der sozialen Ausgaben verbunden ist, die für das Lebensschicksal grosser Teile unserer Bevölkerung entscheidend sind. Die Kompromissvorschläge der bürgerlichen Regierungsparteien aber trugen diesem Erfordernis nicht Rechnung. Sie brachten keine Sicherheit für die Finanzgesundheit; sie hätten den breiten Massen den grössten Teil der Mehrlasten aufgebürdet; aber sie hätten die sozialen Ausgaben, insbesondere die Arbeitslosenversicherung gefährdet.

Trotzdem hätte sich der Rücktritt des Kabinetts vermeiden lassen, wenn es die Deutsche Volkspartei nicht unter allen Umständen auf den Bruch abgesehen hätte. Wie man hört, ist in der Kabinettsitzung der Versuch gemacht worden, trotz der Unstimmigkeiten in den sozialpolitischen Fragen die Deckungsvorlagen durch den Reichstag verabschieden zu lassen. Da sich hierbei die Meinungsverschiedenheiten in erträglichen Grenzen hielten, so wäre das sicher gelungen und dadurch das Ziel der Finanzsanierung gefördert worden. Dem aber hat der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer schärfsten Widerstand geleistet, ja sogar mit der Demission gedroht, sodass dem Kabinetts nichts anderes als der Rücktritt übrig blieb.

Der Rücktritt des Kabinetts schafft eine ernste politische Situation. Sie kann aber nicht so gedeutet werden, als ob nun kein Ausweg mehr auf parlamentarischem Wege möglich ist, sondern nur der Ausnahmezustand oder die Diktatur. Für die Anwendung des Art. 48 der Reichsverfassung sind die Voraussetzungen nicht gegeben. Erhebliche Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, die die Vorbedingung dafür darstellen, liegen nicht vor. Daher muss alles getan werden, um trotz aller Schwierigkeiten auf parlamentarischem Wege eine Verständigung über die Finanzsanierung herbeizuführen.

SPD. München, 27. März (Eig. Drahtb.)

Die deutschen Rechtsbolschewiken haben enttäuscht und verärgert von dem einstigen "Retter" Hindenburg Abschied genommen, weil er in der Frage der Haager Abkommen nicht der Hugenberg'schen Katastrophenpolitik zu willigen war. Nun fällt auch Ludendorff in besonders abgeschmackter feindseliger Weise über den Reichspräsidenten her. Er holt aber weiter aus, als die Leute um Hugenberg und Hitler die in ihrer Wut einen Gegensatz zwischen dem Generalfeldmarschall und dem Reichspräsidenten Hindenburg zu konstruieren suchen. Nach Ludendorffs Anschauung über Hindenburg, der er eineinhalb Seiten seiner "Volkswarte", der fast unter völligem Ausschluss der Öffentlichkeit erscheinenden Wochenschrift des Hauses Ludendorff, widmet, stand Hindenburg schon als Generalfeldmarschall im Dienste jener überstaatlichen Mächte, die im Gehirn Ludendorffs eine so grauenhafte Verheerung angerichtet haben. Jetzt auf einmal hören wir aus dem Munde Ludendorffs, dass nur er selbst der Held war, als der Hindenburg während

des Krieges dem deutschen Volke immer hingestellt wurde.

"Ich bin - so schreibt Ludendorff wörtlich - schuldig vor der Weltgeschichte, nicht darauf geachtet zu haben, dass Herr Paul von Hindenburg den Fürsten und dem Volke ganz anders hingestellt wurden und sich selbst auch ganz anders hinstellte, als er war. Ja ich habe mich seinerzeit sogar auch bewegen lassen, ihn in "Meinen Kriegserinnerungen" dem Volke zuliebe menschlich ganz anders darzustellen, als ich es in meiner ersten Bearbeitung streng den Tatsachen entsprechend getan hatte. Ich glaubte dem deutschen Volke zu dienen, indem ich ihm zu einem Helden verhalf, an dem es sich aufrichten konnte. Leider überblickte ich erst im Jahre 1927 vollständig die Zusammenhänge des 9. November 1918, und jetzt erst erkannte ich Herrn von Hindenburg ganz."

Dann kommt eine ganze Spalte, in der Ludendorff sich als den verkannten Freund des armen Volkes, Hindenburg aber als den herzenskalten Egoisten hinstellt. Er fühle sich verpflichtet, dies noch zu Lebzeiten Hindenburgs öffentlich auszusprechen. Heute stelle er gegenüber dem Offiziersbund, dem Stahlhelm und allen Frontkameraden fest und spreche es öffentlich aus, dass Herr Paul von Hindenburg das Recht verscherzt hat, sich auf die grosse Schule der Pflichterfüllung der alten Armee zu berufen. Hindenburg habe am 9. November 1918 die berühmte Offiziersversammlung veranlasst und in einer Form gestattet, die der Pflichterfüllung des alten Heeres völlig widerspreche. Hindenburg habe dem Kaiser, seinem obersten Kriegsherrn, die Gefolgstreue des alten Heeres aufgesagt, während auch schon von der obersten Heeresleitung Fäden zur Revolution nach Berlin liefen. Hindenburg habe seinem obersten Kriegsherrn den unseligen Rat gegeben, nach Holland zu gehen. Hindenburg habe Soldatenräte im Heere eingeführt. Alles das habe der Pflichterfüllung des alten Heeres widersprochen, habe aber auch der Pflicht gegenüber dem Vaterlande widersprochen, denn dadurch wäre erst die Auslieferung der Deutschen an die feindlichen Mächte möglich geworden. Generalfeldmarschall von Hindenburg habe lieber in der schlimmsten Krise der deutschen Geschichte rücksichtslos gegenseinen obersten Kriegsherrn und rücksichtslos gegen das furchtbare Schicksal des Volkes mit seiner Person die volle Verantwortung für die Verwirklichung und Sicherung der Revolution und deren furchtbaren Folgen übernommen und - erntete den verdienten Dank. Generalfeldmarschall von Hindenburg habe nach den Gesetzen des alten Heeres das Recht verwirkt, das feldgraue Soldatenkleid des alten Heeres zu tragen und es mit sich in das Grab zu nehmen.

"Vier schwere Jahre hindurch - so schliesst Ludendorff - hat Generalfeldmarschall von Hindenburg militärisch all das getan, was ich ihm sagte. Diese Worte wird er nicht befolgen, aber die Weltgeschichte weiss, wie das alte Heer über Pflichterfüllung denkt."

SPD. In der entscheidenden Donnerstagsitzung des Reichskabinetts wurde der Vorschlag gemacht, zur Sanierung der Finanzen sofort die vom Reichsrat verabschiedeten Steuervorlagen auch im Reichstag zur Verabschiedung zu bringen unbeschadet der Differenzen in den sozialpolitischen Fragen. Dagegen erklärte sich mit aller Entschiedenheit der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer, so dass dem Kabinett nichts anderes als der sofortige Rücktritt blieb, weil es sowohl in den sozialpolitischen wie in den Finanzfragen aktionsunfähig war.

Die Verantwortung ruht also in jeder Beziehung bei der Deutschen Volkspartei. Sie trägt auch die Verantwortung für die nun ins Ungewisse geschobene Finanzgesundheit und die Folgen für die deutsche Wirtschaft.

SPD. Paris, 27. März (Eig. Drahtb.)

Die französische Kammer hat am Donnerstag die Debatte über die Ratifizierung des Young-Planes und der Haager Verträge begonnen. Die Debatte setzte in ziemlich nervöser und konfuser Stimmung ein, die sich vor allem aus der viel kommentierten plötzlichen Abreise Briands nach London, am Vorabend der Young-Debatte herleitet. Man ist sich hier in allen Lagern darüber einig, dass die objektive Lage in London die Anwesenheit Briands nicht unbedingt erfordert hat und seine Reise zumindest um ein bis zwei Tage aufschiebbar gewesen wäre. Unter diesen Umständen kann man sich kaum dem Eindruck entziehen, dass Briand durch seine Abreise der Debatte in der Kammer bewusst ausweichen wollte.

Als Motiv für diese Haltung werden zwei Möglichkeiten genannt. Nachder einen habe Briand es mit Absicht darauf angelegt, den Kampf für die Ratifizierung Tardieu allein ausfechten zu lassen, nachdem Tardieu bei den Haager Verhandlungen alles getan hatte, um Briand in den Hintergrund zu drängen. Nach der anderen soll es noch am Mittwoch eine heftige Auseinandersetzung zwischen Tardieu und Briand über die Interpretierung der Haager Sanktionsformel gegeben haben. Briand habe dabei den Standpunkt vertreten, dass selbst im Falle einer Verfehlung Deutschlands gegen den neuen Reparationsplan Frankreich in seinen Sanktionsmassnahmen an die internationalen Abmachungen, so vor allem an den Kellogg-Pakt gebunden sei, also nur zu wirtschaftlichen und finanzieller Sanktionen greifen dürfe. Tardieu habe sich demgegenüber auf den Standpunkt versteift, dass bei einer böswilligen Verletzung des Young-Planes der Artikel 430 des Friedensvertrages unverändert in Kraft trete, dass demnach Frankreich das Recht habe, zu einer militärischen Wiederbesetzung der Rheinlande zu schreiten, ohne dass Deutschland darin einen feindlichen Akt erblicken dürfe.

Den Kampf in der Kammer eröffnete der rechtsradikale Abg. Marin, der gewissenhaft die alte Walze über die Gefahren der Rheinlandräumung, die Notwendigkeit des Okkupationspfandes usw. ableierte und formell den Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung stellte. Tardieu erwiderte kurz und forderte Marin auf, seinen Antrag zurückzuziehen. Aber dieser beharrte auf seinem Standpunkt und führte das alte Argument vom Mangel eines rechtlichen Zusammenhanges zwischen der deutschen Reparationsschuld und den interalliierten Schulden an Amerika ins Treffen. Darauf erklärte Léon Blum, dass auch ohne juristische Vereinbarungen Frankreich tatsächlich jederzeit die Möglichkeit habe, im Falle einer Zahlungsverweigerung Deutschlands selbst einen Zahlungsaufschub in aller Loyalität von Amerika zu verlangen. Der Zwischenruf Blums wurde auch von den Bänken der Regierungsparteien lebhaft mit Beifall begrüsst. Der Antrag Marin wurde sodann durch einfaches Handaufheben mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Doch ehe noch die eigentliche Debatte beginnen kann, werden zwei weitere Vertagungsanträge gestellt. Der Abgeordnete der unabhängigen Linken, Guernut beantragt die Vertagung auf unbestimmte Zeit, um gegen die Methoden der Regierung zu protestieren, die der Kammer nicht genügend Zeit gelassen habe, einen Gesetzentwurf von solcher Tragweite und Wichtigkeit vorher zu studieren. Guernut zog seinen Vertagungsantrag später zurück, nicht aber der radikale Georg Meyer, der erklärt, es sei unmöglich, die Debatte über den Young-Plan in Abwesenheit Briands abzuhalten zumal zwischen Tardieu und Briand Meinungsverschiedenheiten über wesentliche Punkte des Planes bestünden. Tardieu versucht die Existenz dieses Konfliktes zu leugnen, findet aber mit seinem Dementi selbst auf den Bänken der Regierungsparteien wenig Glauben.

Die Debatte wird immer stürmischer und zwar vor allem als Tardieu in gewohnt herausfordernder Art der Linken vorwirft, ihr Eintritt für Briand sei lediglich ein innenpolitisches Manöver mit dem Ziel, ihn zu stürzen. Schliesslich stellt er die Vertrauensfrage gegen den Meyer'schen Vertagungsantrag, der nach langer Debatte, an der sich u.a. auch die Sozialisten Grumbach, Bracke und Léon Blum, sowie Herriot beteiligen, mit 319 gegen 262 Stimmen ab-

gelehnt wurde. Die Sitzung wurde sodann auf Donnerstag abend vertagt, da nachmittags der Senat über die Kredite für die neuen Minister in Anwesenheit Tardieu sein entscheidendes Wort zu sprechen hat.

SPD. Dresden, 27. März (Eig. Drahtb.)

Der Landesvorsitzende der Demokratischen Partei Sachsens Dr. Külz hat die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokratie im Einverständnis mit der Demokratischen Fraktion des sächsischen Landtages zu einer Besprechung über die Regierungsbildung eingeladen. In dem Briefe wird gesagt, es soll durch die Beschränkung der Einladung auf die zwei Parteien nicht ausgeschlossen sein, dass bei kommenden Verhandlungen die Beteiligung auch anderer Parteien an der Regierungsbildung in den Kreis der Erörterungen gezogen werde. Külz bittet bald mitzuteilen, ob Geneigtheit zu Verhandlungen besteht.

SPD. New York, 27. März (Eig. Drahtb.)

Das Grubenunglück bei Arnettville (Westvirginia) hat insgesamt 12 Todesopfer gefordert. Die erst viele Stunden nach dem Unglück geborgenen Leichen waren furchtbar verstümmelt.

SPD. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, der zur Zeit in Deutschland weilt, hatte mit dem Reichsarbeitsminister eine Unterredung, in der einige zur Zeit Deutschland besonders interessierende Fragen der internationalen Sozialpolitik erörtert wurden.

Ausser der Frage der Ratifikationen - vor allem der Ratifikation des Washingtoner Achtstundentagabkommens, das mit dem Arbeitsschutzgesetz in engem Zusammenhang steht - wurden, wie der "Soz. Pressedienst" erfährt, die Aufhebung der gewerbsmässigen Stellenvermittlung und die Erweiterung des Unfallschutzes erörtert. Nach den Bestimmungen des Gesetzes für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung hört in Deutschland die gewerbsmässige Stellenvermittlung Ende dieses Jahres auf. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass die gewerbsmässigen Vermittler von Theater- und Artistenpersonal den Versuch machen, künftig vom benachbarten Ausland aus die gewerbsmässige Stellenvermittlung weiterzubetreiben. Bei dem verhältnismässig stark internationalen Charakter des Theater- und Artistengewerbes wären solche Versuche nicht mit allzu grossen Schwierigkeiten verbunden. Man könnte von Amsterdam oder von Posen aus der nicht-gewerbsmässigen Stellenvermittlung ein Schnippchen schlagen und den Zweck des deutschen Gesetzes vereiteln. Sache des Internationalen Arbeitsamtes wäre es, hier zu prüfen, inwieweit Möglichkeiten bestehen, um auf dem Wege eines internationalen Übereinkommens eine Sabotierung des deutschen Gesetzes unmöglich zu machen.

In der Unfallfrage besteht ein internationales Übereinkommen über die Entschädigungen für Unfälle. Das Übereinkommen ist von Deutschland noch nicht ratifiziert, weil der Personenkreis in der internationalen Regelung weiter gesteckt ist als in der deutschen. Es kommt hier vor allem die Landwirtschaft in Frage. Im Reichsarbeitsministerium ist daher ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, der eine Erweiterung des Personenkreises vorsieht und damit eine Anpassung an das internationale Übereinkommen. Der Gesetzentwurf soll, sobald sich die Wirtschaftsverhältnisse gebessert haben, zur Beratung kommen.

SPD. München, 27. März (Eig. Drahtb.)

Als unmittelbare Folge der Entscheidung des bayerischen Staatsgerichtshofes über die Verfassungswidrigkeit gewisser Bestimmungen des Landeswahlgesetzes besteht nunmehr zwischen Regierung und Landtag Einmütigkeit darüber, dass so schnell als möglich ein neues Wahlgesetz zu schaffen ist und der Landtag sich dann auflöst. Meinungsverschiedenheiten sind aber über den Zeitpunkt der Verabschiedung des neuen Gesetzes vorhanden, da der Etat für 1930, der dem Landtag noch nicht einmal vorliegt, vor einer Auflösung parlamentarisch erledigt werden muss. Die Nationalsozialisten verlangen aus begreiflichen Gründen Neuwahlen noch vor der Räumung des besetzten Gebietes, also spätestens Mitte Juni. Die Sozialdemokraten vertreten dagegen die Auffassung, dass die Verabschiedung des Wahlgesetzes und des Etats im Laufe der Sommertagung in beschleunigtem Tempo zu geschehen hat und dann unmittelbar die Landtagsauflösung zu folgen sowie Neuwahlen im Herbst stattzufinden haben. Die Regierungsparteien scheinen aber eine so gründliche Beratung des verfassungsändernden Wahlgesetzes vorzuziehen, dass Neuwahlen erst im nächsten Jahre stattfinden könnten.

SPD. Der Reichsminister des Innern Severing hat am Donnerstag vormittag auf den unverschämten Brief des Thüringischen Staatsministeriums vom 27. März über das Vorgehen des Reichsinnenministeriums gegen den Putschisten Frick als Staatsminister kurz und bündig erwidert, dass er seinem letzten Schreiben nicht hinzuzufügen habe und es bei der Sperrung der Gelder für die thüringische Polizei bleibe.

Die thüringische Regierung hat inzwischen - wie aus unterrichteten Kreisen verlautet - die zur Besoldung der thüringischen Polizei zum 1. April erforderlichen Mittel durch Pump bei den verschiedensten Stellen sichergestellt.

SPD. München, 27. März (Eig. Drahtb.)

Wegen der Teilnahme des bayerischen Ministerpräsidenten an der Protestkundgebung der Münchener Katholiken gegen die Kirchenverfolgungen in Sowjet-Russland hat die Moskauer Regierung in einer Note an die Reichsregierung Aufschluss darüber verlangt, ob der bayerische Ministerpräsident in amtlicher Eigenschaft daran teilgenommen hat. Die Reichsregierung hat daraufhin durch ihren Münchener Gesandten die Anfrage an die bayerische Regierung weitergegeben, die nunmehr folgende Antwort darauf erteilt hat:

"Die Veranstaltung war eine Veranstaltung des Volksvereins für das katholische Deutschland, zu der alle Katholiken und Christen eingeladen waren. Sie hatte den Zweck, gegen die Verfolgung der Christen in Russland Verwahrung einzulegen. Ministerpräsident Dr. Held hat an dieser Versammlung auf Einladung hin teilgenommen. Er ist überzeugt, dass er damit der Auffassung des weitaus überwiegenden Teils der bayerischen Bevölkerung gerecht geworden ist."

SPD. Paris, 27. März (Eig. Drahtb.)

Der Senat hat am Donnerstag nach lebhafter Debatte die Kredite für die neuen Minister und Unterstaatssekretäre der Regierung Tardieu bewilligt. Die Bewilligung erfolgte mit knapper Mehrheit von 20 Stimmen. 145 Senatoren stimmten für, 124 gegen die neuen Kredite, die von der Finanzkommission des Senates abgelehnt worden waren.

SPD. Angora, 27. März (Eig. Drahtb.)

Die türkische Regierung erklärte Vertretern osmanischer Vorkriegsgläubiger dass sie die Abdeckung ihrer Schulden nicht fortsetzen könne und die Zahlungen einstellen müsse. Sie erwarte nicht nur eine Stundung, sondern auch eine wesentliche Ermässigung der Zahlungen. Die Vertreter der Gläubiger haben daraufhin die Verhandlungen abgebrochen und die Rückreise nach Paris angetreten.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: In seiner Donnerstagsitzung beschloss das Reichskabinett, dem Herrn Reichspräsidenten die Demission der Reichsregierung zu unterbreiten. Der Reichskanzler gedachte in herzlichen Worten der hingebenden Zusammenarbeit des Reichskabinetts in einer an schwierigsten Aufgaben so reichen Zeit. Sämtliche Minister sprachen dem Reichskanzler für die vorbildliche Art seiner Amtsführung ihren aufrichtigen Dank aus, dem der Reichswehrminister sich namens der Wehrmacht anschloss.

Der Reichskanzler begab sich darauf zu dem Herrn Reichspräsidenten, um ihm den Rücktritt der Reichsregierung anzuzeigen. Der Reichspräsident nahm den Rücktritt entgegen und beauftragte die Regierung mit der einstweiligen Führung der Geschäfte. Er schloss daran warme Worte des Dankes für die Pflichttreue und mühevollen Arbeit des Reichskanzlers und der Reichsminister.

SPD. London, 27. März (Eig. Drahtb.)

Die Frage des Mittelmeerpaktes und verwandte politische Fragen, von denen das weitere Schicksal der Flottenkonferenz abhängt, standen am Donnerstag im Mittelpunkt von Besprechungen zwischen Henderson und Briand bzw. Vertretern der fünf Hauptdelegierten.

In den letzten 24 Stunden ist über die Stellung der britischen Regierung zu dem amerikanischen Plan, über den allerlei widersprechende Gerüchte im Umlauf waren, Klarheit geschaffen worden. Die Arbeiterregierung ist in Übereinstimmung mit den beiden andern politischen Parteien Englands fest entschlossen, keine neue Verpflichtungen einzugehen, die Grossbritannien zusätzliche militärische Verbindlichkeiten auferlegen könnten oder in ihren Konsequenzen Grossbritannien in einen Krieg verwickeln würden, von dem Grossbritannien sonst fern bleiben würde. Dies ist die unverrückbare Voraussetzung für die Regierung bei den gegenwärtigen Besprechungen. Damit wird ein grosser Teil der in letzter Zeit aufgeworfenen Gedankengänge von vornherein hinfällig; insbesondere ist unter diesen Umständen überhaupt nicht daran zu denken, dass sich Grossbritannien an einem Vertrag beteiligen könnte, in dem sich Grossbritannien, Frankreich und Italien wechselseitig ihre Mittelmeerinteressen und Besitzungen garantieren. Die Aussichten für einen Mittelmeerpakt sind daher äusserst gering. Die britische Regierung hat deshalb am Donnerstag einen neuen Gedankengang in die Erörterung geworfen. Dieser Gedankengang geht von der Sanktionsklausel des Artikels 16 des Völkerbundes aus und stellt einen Versuch dar, die Verbindlichkeiten unter dem Völkerbundsstatut anstelle zusätzlicher in neue Sicherungen zu setzen. Grossbritannien wird in Verfolg dieses Vorschlags seine Auffassung von den Verbindlichkeiten unter diesem Artikel, die bisher niemals eindeutig festgelegt worden sind, in einer Erklärung formulieren und festzustellen suchen, ob Frankreich eine derartige genaue Umschreibung der britischen Verbindlichkeiten unter dem Völkerbundsstatut als einen Ersatz für zusätzliche Sicherungen betrachten und ob auf der anderen Seite Amerika sich hiermit zufrieden geben kann.

Die ersten französischen Meinungsäusserungen lassen auf keine günstige Aufnahme dieses neuen britischen Gedankenganges schliessen.

SPD. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstags Abg. Dr. Brüning wurde am Donnerstag Abend nach der Demission des Kabinetts Müller vom Reichspräsidenten empfangen.

In unterrichteten Kreisen wird angenommen, dass Dr. Brüning am Freitag oder Sonnabend, nach der Rücksprache des Reichspräsidenten mit den Fraktionsführern, mit der Regierungsbildung beauftragt und die Bildung einer Minderheitsregierung der Mitte aus Vertretern der Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten unter eventueller Einbeziehung der volkskonservativen Gruppe versuchen wird. Man rechnet damit, dass diese Regierung vom Reichspräsidenten die Befugnis zur Auflösung des Reichstags für den Fall erhalten wird, dass es ihr nicht gelingen sollte im Reichstag ihr Finanzprogramm durchzusetzen. Tritt dieser Fall ein, dann sollen die Finanzgesetze auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verkündet werden.

+ + +

Die Zentrumsfraktion des Reichstags befasste sich am Donnerstag mit der durch den Rücktritt des Kabinetts Müller geschaffenen Lage. Beschlüsse wurden nicht gefasst.

SPD. Weimar, 27. März (Eig. Drhtb)

Der Thüringische Landtag, der sich am Donnerstag mit den Erklärungen der thüringischen Regierung zu dem Vorgehen des Reichsinnenministers gegen den Putschisten Frick beschäftigte, nahm abends nach heftiger Debatte einen Antrag der Regierungsparteien an, in welchem der Landtag die Regierungserklärung billigt. Die Sozialdemokratie brachte daraufhin einen Antrag ein, dem Staatsminister Frick das Vertrauen zu entziehen. Der Antrag wird in den nächsten Tagen behandelt werden.

Die Debatte über die Regierungserklärung im Plenum des Landtags wurde hauptsächlich zwischen der Sozialdemokratie und den Nationalsozialisten geführt

SPD. Budapest, 27. März (Eig. Drahtb.)

In einer sozialdemokratischen Interpellation, die sich mit der Verfolgung von Landarbeitern durch die Behörden befasst, wird u.a. darauf hingewiesen, dass in dem Bezirk Elek die Gendarmerie von der Post von dem Empfang von Briefen durch Landarbeiter regelmässig verständigt wird und dann sofort Haus-suchungen vorgenommen werden. So sei kürzlich bei Landarbeitern u.a. auch die Broschüre MacDonalds: "Wenn die Arbeiterpartei an die Regierung kommt" beschlagnahmt worden. Die betreffenden Landarbeiter seien unter Polizeiaufsicht gestellt worden. Das bedeute, dass sie jede Woche zwei Tage allein mit der Anmeldung bei der Gendarmerie verbringen müssten.

SPD. Die Betriebsratswahlen bei der Darmstädter und Nationalbank ergaben in Berlin für den Allgemeinen Verband der Bankangestellten 8 Sitze von 14, bei der Bank des Berliner Kassenvereins 6 von 8 und bei der Berliner Handelsgesellschaft 5 von 8. Wie in den Vorjahren, so zeigte auch dieses Jahr die Wahl, dass die Mehrzahl der Bankangestellten trotz des grossen Abbaus auf freigewerkschaftlichem Boden steht.

SPD. London, 27. März (Eig. Drahtb.)

Die Bergbauunternehmer sind am Donnerstag an den Bergarbeiterverband mit der Anregung herangetreten, bei zukünftigen Tariverhandlungen über die Arbeitszeit nicht den einzelnen Arbeitstag, sondern die einzelnen Arbeitswochen zugrunde zu legen. Die im Gesetz vorgesehene 45 stündige Arbeitswoche soll nicht, wie vorgesehen, aus 7 $\frac{1}{2}$ stündigen Arbeitstagen bestehen, sondern in fünf Arbeitstage von acht Stunden zerfallen.

Abgesehen von seiner inhaltlichen Seite ist dieser Vorschlag der Unternehmer insofern von grundsätzlicher Bedeutung, als die Bergbauunternehmer damit seit langer Zeit zum erstenmal wieder in direkte Verbindung mit dem Vorstand der Bergarbeiter-Organisation treten. Die Unternehmer hatten es seit 1926 abgelehnt sich mit den Vertretern des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes an den gleichen Tisch zu setzen und im vergangenen November die Einladung zu einer gemeinsamen Besprechung mit der Regierung abgelehnt, weil zu dieser Besprechung auch Vertreter des Vorstandes zugezogen werden sollten.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Melldorf.

Kommunisten und Nationalsozialisten vor Gericht.

SPD. Kiel, 27. März (Eig. Drahtb.)

Wer hat vor ein paar Jahren etwas von Wöhrden oder von Melldorf gewusst? Kaum ein paar Handelsreisende, die dann und wann in den kleinen holsteinischen Städtchen einkehrten, um so schnell wie möglich wieder zu verschwinden. Melldorf ist zwar Schnellzugsstation, aber die Reichsbahn hat vergessen, diese erschütternde Tatsache in ihren Übersichtsplan einzuzeichnen. Wer deshalb einmal die Strecke Hamburg-Süderlügum fahren sollte, der wundere sich nicht, wenn er in Melldorf eine Minute Aufenthalt hat.

Dieses Melldorf ist jetzt berühmt geworden, worauf besonders seine Jugend nicht wenig stolz ist. Nicht wegen des Melldorfer Nordsee-Strandes, nicht wegen der einträglichen Krabbenfischerei, auch nicht wegen seiner grossen Nelkenkulturen oder dem halben Dutzend Advokaten (die infolge der respektablen Dickköpfigkeit der dithmarsischen Bauern eine recht einträgliche Praxis haben), sondern weil hier in länger als sechs Wochen über 300 Zeugen aussagten, wie weit 16 Kommunisten und ein nationalsozialistischer Angeklagter beteiligt gewesen sind an dem Totschlag einiger Demonstranten.

Die Vorgänge sind folgende: Am 7. März 1929 gerieten in Wöhrden Kommunisten mit Nationalsozialisten aneinander, wobei drei Tote und sieben Schwerverletzte auf dem Pflaster blieben. Wer war schuld? - Wir betonten damals, ebenso wie viele unbeteiligte Augenzeugen im jetzigen Prozess: beide! Die Nationalsozialisten wussten, dass ihr Einmarsch in geschlossenen Zügen und auf Autos zu Zusammenstößen führen musste - und sie hatten sich dementsprechend vorbereitet. Andererseits warteten die Kommunisten bereits auf sie. Kaum dass die Demonstrationzüge auftauchten, da war auch schon die Schlägerei im Gange, in der Dolche, Messer und Totschläger eine hervorragende Rolle spielten.

Der Staatsanwalt und vor ihm der Untersuchungsrichter beschauten sich die Sache und fanden, dass es recht und billig sei, die Nationalsozialisten glimpflich davonkommen zu lassen. Zwar hatten auch die Kommunisten einen Toten und einige Schwerverletzte. Aber konnte es nicht möglich sein, dass in dem Gedränge die Kommunisten sich selbst abmurksten? Auf jeden Fall erfreuten sich die Nationalsozialisten der warmen Fürsorge des staatlichen Anklägers und es war eigentlich ein Schönheitsfehler, dass trotzdem ein Nationalsozialist auf der Anklagebank sitzen musste. Als nach der Beweisaufnahme die Staatsanwälte ihre Plädoyers beendeten und ihre Strafanträge gestellt hatten, gab es deshalb kaum jemanden, der sich über die langen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen wunderte; die auf die kommunistischen Angeklagten hernieder hagelten.

Wir bestreiten keineswegs, dass der seit dem 11. Februar tagende Prozess die Mitschuld der Kommunisten ergeben hat. Aber wir bestreiten, dass die Nationalsozialisten weniger schuld waren. Würde zutreffend sein, was in dieser Hinsicht die Staatsanwaltschaft voraussetzte, so blieb unverständlich, was vor einem Jahr die politischen Behörden feststellten. Damals stand ausser allem Zweifel, dass die Nationalsozialisten den Zusammenstoss gewollt hatten und nach einem vorher genau festgelegten Organisationsplan handelten. Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein nahm die Vorgänge zum Anlass, sämtliche Versammlungen der Nationalsozialisten und der Landbandleute bis auf weiteres zu verbieten. Nach der Logik des Staatsanwaltes hätte er sicher richtiger gehandelt, die Nationalsozialisten öffentlich zu belohnen und die Kommunisten unter das Versammlungsverbot zu stellen.

Melldorf ist, wie gesagt, ein kleines sonst sehr bescheidenes Städtchen an der Nordsee. Es ist jetzt berühmt geworden. Aber es will uns dünken, als ob dieser Ruhm nicht gerade zugunsten des dort gehaltenen Gerichtes spricht,

(Anm. f. d. Red.: Das Urteil ist am Freitag-Vormittag zu erwarten.)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD, Berlin, den 27. März (Eig. Bericht)

Im Reichstag stieg am Donnerstag das Krisenfieber auf den Höhepunkt. Die Wandelhalle war den ganzen Tag belebt wie selten. Das Bild wurde noch bewegter durch zahlreiche Deputationen von Interessenten der Steuervorlagen, die den Abgeordneten Bedenken aller Art gegen jede einzelne Steuer vortrugen. Inzwischen wurde die Lage immer verworrener und die Lösung schwieriger. Bis langé nach Beginn des Plenums waren die Bänke der Sozialdemokratie beinahe leer, weil die Fraktion über Annahme oder Ablehnung des Kompromissvorschlages Brüning diskutierte. Als ein ablehnender Beschluss gefasst wurde, ging es wie Alarm durch das Haus. Für sieben Uhr wurde die entscheidende Kabinettsitzung angesagt. Rücktritt der Reichsregierung? Artikel 48? Hundertfach wurde das Thema von Parlamentariern und Journalisten erörtert. Abends gegen 7½ Uhr beschloss das Kabinett den Rücktritt.

Inmitten dieser politischen Hochspannung ging im Sitzungssaal eine im Lande sehr umstrittene Vorlage über die Bühne: das Gaststättengesetz. Das Thema zog immerhin eine Anzahl Abgeordneter in den Plenarsaal und die Redner fanden Aufmerksamkeit. Für die Sozialdemokratie sprach der Abgeordnete Sollman. Er zeigte, dass man auch über ein Gesetz von 31 Paragraphen in wenigen Minuten alles Wesentliche sagen kann. In 10 Minuten wusste er die Haltung der Sozialdemokratie zur Alkoholfrage darzulegen als ein Teil sozialistischer Kulturpolitik. Aufsehen erregte seine Mitteilung, dass es in Deutschland 390 000 registrierte Trinker gibt. Die Forderung auf ein Schnapsverbot an gewissen Tagen und Unterbindung der Abgabe von Schnaps auf Kredit sei zum Schutze der Arbeiter, die den Versuchungen des Trunkes nicht gewachsen seien. Hauptsache bleibe aber die Erziehungsarbeit der Gewerkschaften und der Partei. Der volksservative Abgeordnete Mumm verfiel in seinen alten Fehler, zu sehr zu moralisieren. Er hätte auch etwas weniger aggressiv auftreten dürfen, denn er hat nicht einmal seine eigene Fraktion hinter sich. Der deutschnationale Abg. Hampe, ein typischer Vertreter des Alkoholkapitalismus, bestreitet überhaupt jeden Alkoholmissbrauch in Deutschland. Für ihn ist die Losung Paragraph 11, die Opfer kann dann die Wohlfahrt versorgen, Hauptsache ist, dass die Dividenden der Brauereien nicht sinken. Immerhin war bemerkenswert, dass er das rasche Ansteigen des Verbrauchs von alkoholfreien Getränken anerkannte. Freitag geht die Debatte weiter.

Vor dem Schankstättengesetz wurden die Nachtragshaushalte in dritter Beratung erledigt. Der deutschnationale Professor Spahn beschwerte sich herzerweichend, dass die Regierung die Hugenberg'sche Lüge für das Volksbegehren gegen den Youngplan nicht ohne Widerspruch ins Land gehen liess, dass sie den Rundfunk, die Reichszentrale für Heimatdienst und die Presse benutzte, ist nach Spahn unverzeihlich. Der Geist Bismarcks wurde als Vorbild für Severing zitiert. Aus den Abstimmungen ist nur bemerkenswert, dass der Antrag, für die Leipziger Messe 300 000 Mark zu bewilligen, wiederum im Hammelsprung abgelehnt wurde, also endgültig gefallen ist. Nächste Sitzung Freitag. Tagesordnung: dritte Beratung des Nothaushalts, Fortsetzung der Beratung des Gaststättengesetzes.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Bilder aus dem Dritten Reich.

"Seine Königliche Hoheit" feiert Befreiung.

SPD. Die Räumung der letzten Zone des besetzten Gebietes steht vor der Tür. Die Bewohner des besetzten Gebietes rüsten zur Feier der Befreiung, der Druck der Besatzung wird bald von ihnen genommen sein. Es rüsten zugleich die Vertreter des alten Systems, die sich bei dieser Gelegenheit wieder einschleichen wollen. Der bayerische Kronpräsident, der Exkronprinz Rupprecht, hat einen Spezialgesandten nach Landau in der Pfalz geschickt, er trifft dort Vorbereitungen zu einer monarchistischen Befreiungsfeier. Die Wiederkehr der Freiheit soll der Bevölkerung der Pfalz dadurch bewiesen werden, dass der Exkronprinz und mit ihm eine Schar ausrangierter Generale eine sogenannte Divisionsfeier der ehemaligen Pfälzer Regimenter veranstalten will, bei der Seine Königliche Hoheit die Parade abnehmen soll, natürlich im Zeichen von Weiss-Blau und Schwarz-Weiss-Rot. Seine Königliche Hoheit will ihr Volk auf diese Weise feierlich begrüßen.

Die Absicht ist dreist und gottesfürchtig. Die Rupprecht und Genossen habe mit ihrer Staatskunst Krieg und Niederlage, Versailler Diktat und Besatzungsnot verschuldet. Die Republik hat in unablässigem Kampf gegen den Anhang der Leute von vorgestern die Befreiung des besetzten Gebietes erreicht. Und nun wollen die Leute von vorgestern mit Schwarz-Weiss-Rot und Militärmusik, mit Regimentsparaden und Königlichen Hoheiten Befreiung feiern! Was haben sie für die Befreiung des Rheinlandes getan ?

Der Grossherzog des Dritten Reiches.

Herr Frick, der Generalbevollmächtigte des Herrn Hitler in Thüringen, besitzt hohe Gönner, die mit zitternder Erregung auf den Tag warten, an dem dank seiner fleissigen Vorarbeit von Thüringen aus die Sonne des Dritten Reiches über Deutschland aufgehen wird. Zu diesen hohen Gönnern gehört der in Koburg sitzende Exherzog Karl Eduard, der Stahlhelmkamerad und Ehrhardtfreund, der einst im Jahre 1923 die Ehrhardtschen Putschstreitkräfte, die in und um Koburg im Vormarsch gegen Berlin aufmarschiert waren, begünstigte. Er ist das Rückgrat der Hakenkreuzler in Koburg, aber er tut selbstverständlich nichts umsonst. Er will für seine finanzielle und moralische Unterstützung auch einen Effekt sehen, und das Ziel seiner Wünsche ist es, im Dritten Reich von Frick und Hitlers Gnaden Grossherzog von Gross-Thüringen zu werden. Mit Frick als Minister in Weimar fühlt er sich seinem Ziele näher, und der Tag, an dem er vom bayerischen Koburg aus sein thüringisches Herzogtum aus den Händen des Landesverwesers Frick entgegennehmen kann, scheint ihm nicht mehr fern. Einstweilen wartet er in Koburg auf den Tag, und um die Treue seiner Anhänger zu stärken, verteilt er in Massen den Karl Eduard-Orden.

"Gesichter, Fressen und Visagen".

Die Zusammenstellung "Gesichter, Fressen und Visagen" als Überschrift über einer politischen Betrachtung zeigt die Herkunft an. Sie ist entweder kommunistischen oder nationalsozialistischen Ursprungs. Diesmal kennzeichnet sie den edlen Stil eines Hakenkreuzlers, es ist die Überschrift, die über einer Betrachtung

tung im nationalsozialistischen "Angriff" über Versammlungen der Hakenkreuzler steht. Unter dieser bezeichnenden und alles sagenden Überschrift erhält ein Hetzredner der Hakenkreuzgilde in jener blumigen und duftenden Sprache, die ihn und seinesgleichen auszeichnet, von Versammlungsgegnern:

"Leider fehlen im Berlin-Brandenburger Jagdrevier einige besonders reizvolle Exemplare ganz. Es fehlt zum Beispiel völlig der schwarze Zentrumsdampff auch Kuttengeier oder heiliger Pillendreher genannt. Nach Aussagen bekannter Jäger ist sein Geschmack durchgehend ölig, in seinem Heimatgebiet sogar gemein. In seinem Verbreitungsgebiet horstet er am liebsten in Bräus, alte Exemplare tragen einen seehundartigen herabhängenden Schnauzbart zur Schau. Alles in allem: ein seltenes Tier mit beschränktem Verstand."

Die Gemeinheit, die dieser Hetzredner gegen die demokratische Partei herauspukt, ist nicht minder gross:

"Ein scheues Wild ist die reichspatentamtlich geschützte Demokröte, so laut wie sie in ihrem eigenen Pfuhl quakt und lärmt, so ängstlich hält sie sich sonst verborgen. Sie ist nämlich ungeheuer vornehm, kein Wunder infolge ihrer direkten Abstammung von den biblischen Ervätern. Geringen Seltenheitswert hat die einheimische, nicht aus Palästina stammende Demokröte. Sie besteht nur aus Angst und Feigheit."

Das ist das neue Deutschland, der neue Lebensstil im Zeichen des Hakenkreuzes im kommenden Dritten Reich!

Portrait eines Hakenkreuzlers.

Im Kreise Peine lebte der Melker Merkens. Seit langem fand er im Kreise keine Arbeit mehr, was in seinem Falle nicht mit der Wirtschaftslage, sondern mit seiner Person zusammenhing. Er wurde ständiger Gast des Kreiswohlfahrtsamtes, das er dauernd unter der Drohung mit einem sensationellen Selbstmord hielt. Dieser Merkens ist eine ausgesprochene politische Abenteurernatur, zuletzt entdeckte er seine nationalsozialistische Gesinnung und daraufhin engagierte ihn ein rechtsstehender Gutspächter nach ausserhalb. Bei seinem Wegzug aus dem Kreise erschien Merkens beim Landrat und erzählte ihm: Er sei zwar jetzt Nationalsozialist, weil er dadurch eine Stelle erhalten hätte, er dächte aber nicht daran, im ernst Nationalsozialist zu sein, als Arbeiter und in der Lage, in der er sich befunden habe, könne er nur Kommunist sein. Er bot dem Landrat an, er wolle ihm Spitzeldienste über die nationalsozialistische Bewegung leisten. Der Landrat zeigte ihm die kalte Schulter. Was geschah? Ein nationalsozialistischer preussischer Landtagsabgeordneter behauptete in einer kleinen Anfrage, der Landrat habe von diesem Nationalsozialisten eine Mitgliederliste der Hakenkreuzler gegen Bezahlung verlangt.

So sehen sie aus, die Hakenkreuzler, die Mitglieder und ihre Abgeordneten!

Einheitsfrontschwindel nach kommunistischem Muster.

Gemeinsam mit den Kommunisten erblicken die Leute vom Hakenkreuz in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft das grosse Reservoir, von dem sie etwas erben möchten. Gemeinsam mit den Kommunisten versuchen sie es, mit dem Einheitsfrontschwindel, ins Hakenkreuzlerische abgewandelt. Sie haben eine Werbewoche "zur Eroberung der proletarischen Jugend" abgehalten; ihre Werbemethoden bestanden darin, dass sie sich gebärdeten, als gehörten sie zur sozialistischen Jugend. Diese Anpassungstaktik zeitigt geradezu lächerliche Blüten. Man liest in einem Hakenkreuzblatt: "Der Saal war gut gefüllt, da besonders viele Pennäler erschienen waren. Trotz des bürgerlichen Milieus zeigten die Darbietungen der Jugend den echten sozialistischen Geist. Als die Jungen mit ihren Wimpeln aufmarschierten, und das Lied "Wenn wir schreiten, Seit an Seit" sangen, da wusste man, mit ihnen zieht der neue Geist." Da fehlt nun nur noch, dass sie den Sozialistenmarsch singen und behaupten, der nationalsozialistische Schülerbund, die Radauorganisation an den höheren Schulen, sei ein Glied der sozialistischen Arbeiterjugend.

Aus aller Welt

Zwei-Meer-Kanal?

SPD. In Paris wird augenblicklich sehr eifrig der Bau des Zwei-Meer-Kanals diskutiert, der den Atlantischen Ozean mit dem Mittelmeer unter Vermeidung des Riesenumweges um Spanien, den die Schiffe heute nehmen müssen, verbinden würde. Von der notwendigen Steigerung der wirtschaftlichen Prosperität abgesehen wird mit Recht darauf hingewiesen, dass die Überschwemmungskatastrophe in Südfrankreich den französischen Staat die runde Summe von 300 Millionen Goldfrancs kosten wird, also etwa die Hälfte des Betrages, für den vor dem Krieg bereits der Zweimeerkanal, durch den diese Überschwemmung unmöglich geworden wäre, hätte gebaut werden können.

Es ist ohne Zweifel grotesk, dass heute noch die ganze spanisch-portugiesische Halbinsel umfahren werden muss, wenn man von der Ostseite Frankreichs nach der Westseite, wenn man von Marseille nach Bordeaux gelangen will. Der Landweg, bzw. der Kanalweg würde auf seiner technisch kürzesten Entfernung nur die Überwindung von 400 Kilometern verlangen.

Das südfranzösische Kanalprojekt ist nicht neu. Der erste Plan dieser Art tauchte bereits im Jahre 1662 auf. 200 Jahre später, 1867, wurde das Projekt ernstlich erwogen, aber 1870 verhinderte der plötzlich ausgebrochene Krieg die Bewilligung der Kredite. 1876 und dann wieder 1880 war der Zweimeerkanal abermals Gegenstand einer Parlamentsdebatte. Von Bordeaux ausgehend sollte der Kanal dem Laufe der Garonne folgen, über Toulouse führen und bei Norbonne ins Meer münden, also genau das jetzt von den Überschwemmungen heimgesuchte Gebiet durchziehen.

Immer wieder im Laufe der folgenden Jahre wurde der für die französische Wirtschaft so ausserordentlich wichtige Kanalbau gefordert. Mehr als ein Mal hatte das Parlament Kommissionen eingesetzt, um die Vorarbeiten zu beschleunigen. Zuletzt trat eine solche Kommission im Jahre 1906 zusammen. Es hat auch Parlamentsmehrheiten gegeben, die die Kosten bewilligt hätten, die vor dem Weltkrieg auf 700 Millionen Goldfrancs geschätzt worden sind. Aber neue Militärvorlagen und fortschreitende Erhöhungen des Militärbudgets verschlangen immer wieder alle Steuergelder und alle Summen, die dem technischen und wirtschaftlichen Fortschritt besser hätten dienen können. England hat den Suez-Kanal gebaut, Amerika den Panama-Kanal, aber Europa verplemperte sein ganzes Geld für Kriegsspiel, das zu Kriegsernst wurde, ohne dass freilich ein einziger der europäischen Staaten Vorteil davon gehabt hätte. Die 700 Millionen Francs, mit denen der südfranzösische Kanal hätte gebaut werden können, sind für Rüstungszwecke ausgegeben worden. Der zivile Teil Frankreichs fordert heute, dass die nächsten 700 Millionen Francs für Rettungszwecke verwandt werden und es ist möglich, dass nun, wo das Kind in den Brunnen gefallen ist, dieser zivile Teil sein Recht bekommen wird.

+ + +
Einer, der gerne "sitzen" wollte. Dieser Tage erschien in der Warschauer Industriebank ein Mann, der zum Erstaunen zwar, aber merkwürdigerweise zunächst nicht zum Protest aller Angestellten die dort befindlichen Stühle hinaustrug, um sie auf einen draussen wartenden Lastwagen zu laden. Zum Schluss wandte er sich auch noch an einen der Beamten mit der Aufforderung, aufzustehen, da er den Stuhl benötige. Auf die Frage des Beamten, wozu er denn die Stühle mitnehme, erwiderte der seltsame Möbelträger, dass sie beschlagnahmt seien. Der

Beamte ging nun der Sache nach und es erwies sich, dass der "Gerichtsvollzieher" ein Dieb war, dem nun eine andere "Sitzgelegenheit" verschafft werden wird

+ + +
Ein Fehlurteil? Gegen die Rechtskraft eines Todesurteils, das das Schwurgericht in Neuwied im Oktober 1926 gegen den Händler Jacob Hoppen aus Breitscheid bei Waldbreitbach fällte, richtet sich das Wiederaufnahmeverfahren, das die Familie des Verurteilten durch einen Rechtsanwalt betreiben lässt. In der zweiten Hälfte des Jahres 1919 waren zwischen Waldbreitbach und Neustadt an der Wied im Westerwald im dichten Gestrüpp die Leichen der beiden Händler Protzer und Billandelle aus Duisburg gefunden worden. Damals blühte in dieser Gegend an der Grenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet ein lebhafter Schmuggelverkehr, dem sich auch die beiden Duisburger Händler widmeten. Erst nach langen Jahren führte der Verdacht, die beiden Händler ermordet und beraubt zu haben, auf den Händler Jakob Hoppen, der mit den Getöteten geschmuggelt hatte. Hoppen hatte sich durch grössere Geldausgaben kurz nach der Tat auffällig gemacht. Auch sein Vater hatte ihn im Trunke als den Mörder bezeichnet. Im Februar 1920 wurde Hoppens Vater tot aufgefunden. Gegen Jakob Hoppen wurde ein Strafverfahren wegen Vatemordes angestrengt, das jedoch niedergeschlagen werden musste, weil die Verdachtsmomente zu einer Verurteilung nicht ausreichten. Sieben Jahre nach der Tat im Oktober 1926 wurde Jakob Hoppen wegen der Ermordung der beiden Händler zum Tode verurteilt. Die Verurteilung stützte sich in der Hauptsache auf Indizien. Es waren indes auch drei Entlastungszeugen aufgetreten, die behauptet hatten, am Mordtage in der Nähe des Tatortes einen Amerikaner gesehen zu haben kurz nachdem ein Schuss gefallen sei. Tatsächlich fand man in der Nähe der Mordstelle eine amerikanische Patronenhülse. Ausserdem hat die Familie des Verurteilten inzwischen noch weitere Entlastungsmomente zusammengetragen.

+ + +
Ein Russe zeugt für Jakobowski. Am Donnerstag tagte das Neustrelitzer Schwurgericht in der Turnhalle der neuen Schule in der Strelitzschen Enklave Schöneberg in der Nähe von Palingen. Die Zeugenvernehmung dreht sich zuerst um die verschiedenen heuchlerischen Briefe der Frau Kähler, die zwar über die angeblich durch Jakobowski erfolgte Ermordung des kleinen Ewald ein grosses Jammergeheul anstimmte, aber durch ihre Abreise erst die Ermordung möglich gemacht hatte. Frau Kähler bereiten die neu auftauchenden Widersprüche grosse Schwierigkeiten. Sie behauptet, dass erst ihre Eltern sie auf den Verdacht gebracht hätten, dass der Russe der Täter gewesen wäre. Auch sonst stellt sie völlig neue Behauptungen auf. — Die als Zeugin vernommene Frau Mett, die früher in Palingen wohnte, wird vom Vorsitzenden erinnert: "Hat Jakobowski Ihnen nicht einmal erzählt, August Nogens habe ihm angeboten, die beiden Kinder beiseite zu schaffen?" Frau Mett: "Das stimmt. Ich sagte darauf zu Jakobowski: Joseph, vergreif Dich nicht an den Kindern! Er antwortete mir: Nein, Mutter, das tu ich auch nicht." — Rechtsanwalt Brandt: "Frau Zeugin, Jakobowski ist ja leider tot. Trauen Sie ihm einen Mord zu?" Zeugin: "Niemals! Er war ein guter weicher Mensch. Immer hat er von Ewald und Anni gesagt "meine Kinder", obwohl Ewald ja garnicht sein Kind war. Er konnte nicht einmal vertragen, wenn ich meine eigenen Kinder anfuhr. Dann sagte er immer: "Das nicht gut, Mutter, das nicht gut". — Nach der Vernehmung des Polizeimeisters Hoffmann aus Schlutup, der Jakobowski deswegen einen Mord zutraut, weil der Russe ihm einmal mit dem Fuss einen Tritt gegen den Unterleib haben versetzen wollen, der, wenn er getroffen hätte, ihn bestimmt getötet haben würde (grosse Heiterkeit), kommt es zur sehr wichtigen Vernehmung des Russen Dimitri Saweljew, der seine Aussage in gebrochenem Deutsch macht. Tiefste Erschütterung erregt er im Saal, wie er erzählt: "Ich habe August Nogens bei einer Frau Friedrich getroffen. Da hat er mir erzählt, Jakobowski sei sein bester Freund gewesen, er sei ganz unschuldig hingerichtet. Darauf habe ich August gefragt, ob er denn für oder gegen Jakobowski seine Aussage eingerichtet

hätte. August Nogens erwiderte: "gegen Jakobowski", denn er könne doch nicht seine ganze Familie hineinreißen. Ich werde das Gespräch nicht nach 20 Jahren vergessen, so empört und erregt war ich über diesen August Nogens."

+ + +
Heimliche Ozeanüberquerung? Auf funkentelegraphischem Wege wurde am Mittwoch abend vom Leuchtturm auf der bretonischen Insel Quessant gemeldet, dass ein unbekanntes Flugzeug in Südwestrichtung auf die hohe See hinausgeflogen wäre. Das gleiche geheimnisvolle Flugzeug wurde wenige Stunden später auf 46 Grad 16 Minuten nördlicher Breite und 5 Grad 50 Minuten westlicher Länge von dem englischen Dampfer "Shamrock" gesichtet. Man fürchtet in Pariser Fliegerkreisen, dass mit der rätselhaften Maschine der leichtsinnige Versuch einer Ozeanüberquerung beabsichtigt ist.

+ + +
Erdbeben auf Mussolinis Verbannunginsel. Ein Teil der nördlich Siziliens gelegenen Liparischen Inselgruppe, insbesondere die beiden Vulkaninseln Filicudi und Alicudi, wurden am Mittwoch von einem starken Erdbeben vernichtet. Die auf Alicudi errichteten primitiven Hirten- und Fischerhütten stürzten ein. Die Trümmer erschwerten die Flucht der Bewohner. Bis jetzt sind nur Leichtverletzte gemeldet. Die Bevölkerung biwakiert im Freien. Auf der Verbannunginsel Lipari selbst ist der angerichtete Schaden nicht beträchtlich. Eine Hilfsexpedition ist von Messina aus unterwegs.

+ + +
Freitod im Theater. In einem Londoner Theater erschoss sich ein Zuschauer bei der Vorführung eines Kriegsstückes. Er wählte den Moment seines Todes, als die Bühne verdunkelt war und Artilleriefire durch Trommeln angedeutet wurde. Zuerst betrachtete das Publikum den Todesschuss als Teil der realistischen Darbietung, deren Zeuge es war.

+ + +
Aus der Oder gefischt. Aus der Oder geborgen wurde die Leiche des seit vier Wochen vermissten Rentier Bamberg; er ist einem Morde zum Opfer gefallen. Bamberg war am 24. Februar dieses Jahres in einer Breslauer Gastwirtschaft in der Nähe des Oderstromes eingekehrt. Nachdem er das Lokal verlassen hatte, lauerten ihm der 26 jährige Gastwirtssohn Lux und der 25 jährige erwerbslose Arbeiter Burkhardt auf und forderten von ihm Geld. Mit einem alten Trommelrevolver schlugen die Verbrecher den 72 jährigen Rentier nieder, raubten ihn aus, beschwerten die Rock- und Manteltaschen mit Steinen und warfen den Greis in die Oder. Im ganzen hatten sie 54 Mark geraubt, die sie auf einer Bierreise vertranken. Später wurden die Mörder verhaftet. Unter der Last der Beweise legten sie ein Geständnis ab.

+ + +
Liebesschüsse in Ratibor. Am Mittwoch abend gegen 7½ Uhr wurde der Zahnarzt Dr. Zander in Ratibor von dem Zuckerfabrikanten Niedopil angeläutet, der die Nichte des Zahnarztes seit längerer Zeit vergeblich mit Liebesanträgen verfolgte. Als der Zahnarzt den Sprecher erkannte, hängt er ab. Zehn Minuten später erschien Niedopil in der Wohnung des Angerufenen. Er bedrohte die Nichte, die die Wohnung geöffnet hatte, mit einem Revolver und schoss auf Dr. Zander und seine Frau. Endlich jagte er sich selbst eine Kugel in den Mund, die ihm ins Gehirn drang. Schwerverwundet versuchte Niedopil noch einmal auf den Zahnarzt zu schießen, der, gleichfalls in den Kopf getroffen, ohnmächtig am Boden lag. Der hinzugekommene Arzt entwand dem wilden Schützen den Revolver und veranlassete die Überführung der beiden verletzten Männer ins Krankenhaus. Niedopil liegt hoffnungslos danieder, Zander wird vermutlich zu retten sein.

+ + +
Auch Blinde macht der Bärenschinken. Die nach dem Genuss von Bärenschinken trichinenkrank gewordene Gattin des Wildbader Kurarztes Schwab ist vollständig erblindet, da offenbar ihre Augennerven von Trichinen befallen worden

sind. In der ganzen einschlägigen Literatur waren bisher erst zwei Erblindungsfälle durch Trichinen bekannt. Die Gesamtziffer der an Trichinose Erkrankten hat sich auf 69 erhöht; auch in Konstanz traten zwei Fälle auf.

+ + +
Schneesturmkatastrophe in U.S.A. Seit zweieinhalb Tagen wütet in Chicago Michigan und Indiana ein furchtbarer Schneesturm, der fast den gesamten Verkehr zum Erliegen brachte und Schulenschliessungen notwendig machte. Tausende von Arbeitern und Angestellte fehlen in den Fabriken und Büros, weil sie ihre Arbeitsstätten nicht erreichen konnten. Zahlreiche Strassenbahnen, Kraftwagen und Omnibusse sind eingeschneit. In den Städten werden die Lebensmittel knapp. Infolge der Kälte sind die Obdachlosenasyale überfüllt.

+ + +
Ansturm auf die "Europa". Der in New York liegende Riesendampfer "Europa" ist in den ersten beiden Tagen von ungefähr 20 000 Besuchern besichtigt worden. Unter den Gästen waren der Ozeanflieger Chamberlin und der frühere amerikanische Botschafter Schurmann.

+ + +
Im Sommer fliegt "Do X" nach USA. Das Flugboot "Do X" wird im Sommer dieses Jahres mit etwa 50 Passagieren und einer 12 köpfigen Mannschaft an Bord nach den Vereinigten Staaten fliegen. Im April will man die Maschine mit 12 amerikanischen Curtis-Motoren ausrüsten. Einigen Bodensee-Probeflügen mit diesen neuen Motoren werden sich einige grössere Deutschlandreisen anschliessen. Der geplante Ozeanflug kann nicht ohne vorheriges Einverständnis mit dem Reichsverkehrsministerium unternommen werden, da "Do X" dem Reiche gehört und Dr. Dornier nur für Probeflüge zur Verfügung gestellt wird. Dornier weilt aus diesem Grunde zurzeit in Berlin.

+ + +
Banditensturm auf eine Strassenbahn. Zwischen Laurahütte und Kattowitz überfielen am Mittwoch abend gegen 10 Uhr sechs maskierte Banditen einen fahrenden Strassenbahnzug, dessen Führer sie mit einer Eisenstange niederschlugen. Sodann stürzten sich die Verbrecher auf die Passagiere, um sie auszurauben. Es kam zu einem wilden Ringen zwischen den im Wagen befindlichen Männern und den Banditen, von denen drei überwältigt und bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten werden konnten, während es den anderen drei möglich war, zu fliehen; in der Nacht konnten auch sie verhaftet werden.

+ + +
Doppelter Gastod in der Baugrube. Am Donnerstag mittag sind auf dem Gelände des Berliner Betriebsbahnhofs in Tempelhof drei Arbeiter, die in einer Grube an der Absperrvorrichtung für die Gasleitung zum Bahnhof tätig waren, plötzlich bewusstlos umgefallen. Durch das ausströmende Gas hatten die drei Arbeiter bereits so schwere Vergiftungen davongetragen, dass die Wiederbelebungsversuche im Krankenhaus nur bei einem einzigen Erfolg hatten. Sie hatten sogenanntes Ölfettgas eingeatmet; der dritte Arbeiter, der am Leben erhalten werden konnte, war erst in rettender Absicht in die Grube gesprungen, als er die beiden ohnmächtigen Kollegen gesehen hatte. Glücklicherweise stiess er im Hinabspringen noch Rufe aus, die von in der Nähe arbeitenden Eisenbahnern gehört worden waren.

+ + +
Lieber Gefängnis als Kaserne. Vom Kasseler Schöffengericht wurde der 21 jährige Emil R., der seit etwa 2 Jahren im Kasseler Jägerbattillon 15 militärischen Dienst absolviert, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der junge Mann hatte sich höchst widerwillig und nur auf dauerndes Drängen seines Vaters in die Reichswehr einreihen lassen. Tatsächlich war ihm das Soldatenleben verhasst. Rechnungen sinnloser Käufe beglich er mit gefälschten Wechseln, um ins Gefängnis zu kommen. Es erschien ihm als letzte Rettung.



Die Krankenversicherung in Holland.

SPD. Am 1. März 1930 ist in Holland eines Krankenversicherungsgesetz in Kraft getreten. Es bringt eine Verbesserung der bisherigen unvollkommenen Bestimmungen. Versichert sind alle Arbeiter, mit Ausnahme der Seeleute - für sie ist eine besondere Krankenversicherung in Vorbereitung - gegen Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit. Einbezogen in die Versicherung sind auch die unständig beschäftigten Arbeiter (Hafenarbeiter usw.) Die Versicherung wird durchgeführt in Krankenkassen bei den Arbeitsämtern, die je für das Gebiet eines Arbeitsamtes (Raad van Arbeid) zu errichten sind, in Berufskrankenkassen, die durch zentrale oder lokale vom Ministerium anerkannte Berufsorganisationen der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer errichtet werden können und in Betriebskrankenkassen, die ein Mitglied der Berufskrankenkasse (Arbeitgeber) für seinen Betrieb beantragen und bei Zustimmung der Mehrheit der Arbeiter über 18 Jahre im Betrieb errichten kann. Die Genehmigung zur Errichtung von Berufskrankenkassen erfolgt durch den zuständigen Minister und wird nur erteilt, wenn die angeschlossenen Arbeitgeber eine Mindestlohnsumme von insgesamt 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Gulden pro Jahr auskehren.

Familienfürsorge kennt das Gesetz nicht. Auch hat der oder die Versicherte nach diesem Gesetz keinen Anspruch auf ärztliche Hilfe. Sie soll durch ein besonderes Gesetz geregelt werden, das in Vorbereitung ist. Lediglich die in versicherungspflichtiger Beschäftigung stehende verheiratete Frau hat bei Niederkunft Hilfe durch einen Arzt oder eine Hebamme auf Kosten der Kasse neben ihrem Krankengeld zu beanspruchen.

Das Krankengeld für Versicherte beträgt bei Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit 80% des Tageslohnes vom 3. Tage der Krankmeldung bis zur Höchstdauer von 6 Monaten. Versicherte, d. h. berufstätige Frauen erhalten 100% ihres Tagelohnes für 6 Wochen vor und mindestens 6 Wochen nach der Niederkunft. Bei weiterer Arbeitsunfähigkeit infolge der Niederkunft wird Krankengeld in derselben Höhe für höchstens 6 Monate gezahlt. Der Tagelohn wird für bestimmte Arbeitergruppen gemeinsam ermittelt. Der 8 Gulden übersteigende Teil bleibt bei Errechnung des Krankengeldes und der Beiträge ausser Ansatz.

Die Beiträge sind vom Arbeitgeber und von den Versicherten je zur Hälfte aufzubringen. In den Berufs- und Betriebskrankenkassen darf der Beitragsanteil des Versicherten jedoch nicht höher sein als in den Krankenkassen bei den Arbeitsämtern. Sind die Beiträge hier höher, dann hat das Mehr der Arbeitgeber zu tragen. Für Betriebe mit vorbildlichen hygienischen Einrichtungen und kleinerem Krankheitsrisiko können die Beiträge herabgesetzt, in Betrieben mit rückständigen Einrichtungen und grossem Krankheitsrisiko die Beiträge um 50 % heraufgesetzt werden. Im letzten Falle zahlt die Erhöhung der Arbeitgeber ausschliesslich. Die Beiträge zu den Krankenkassen bei den Arbeitsämtern betragen nach einer Verordnung 2,3 %, für einige Betriebe 3,4 % und im Bergwerk- und Hochofenbetrieb 4,9 %. Der Beitragsanteil der Versicherten beträgt in jedem Falle nur 1,15 %.

Während der Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit erlischt die Versicherung auch dann nicht, wenn die Entlassung aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung erfolgt. Nach Beendigung der versicherungspflichtigen Beschäftigung

bleibt der Anspruch auf Krankengeld bei Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit für 4 Wochen bestehen, wenn der Versicherte unmittelbar vorher mindestens 2 Monate versichert und seine Beschäftigung für höchstens 6 Werktage unterbrochen war. Unständig beschäftigte Arbeiter haben während 8 Tage nach der Entlassung Anspruch, wenn sie in den beiden letzten Monaten mindestens 16 Kalendarstage beschäftigt waren. Im letzteren Falle wird der ermittelte Tagelohn nur bis 5 Gulden bei Errechnung des Krankengeldes berücksichtigt.

In den Organen der Krankenkassen haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleiches Stimmrecht. Über Streitigkeiten entscheiden besondere Schiesgerichte.

SPD. Bochum, 27. März (Eig. Drahtb.)

Von den Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet liegen bis jetzt folgende Teilergebnisse vor: Freie Gewerkschaften 37 670 Stimmen (292 Mandate), Christen 24 277 Stimmen (174 Mandate), Hirsch-Duncker 1409 Stimmen (6 Mandate), Polen 241 Stimmen, (2 Mandate) kommunistische Opposition 13 444 Stimmen (80 Mandate), Syndikalisten 129 Stimmen, keine Mandate, Gelbe 2920 Stimmen (8 Mandate) Ungültig 935 Stimmen. Auf Grund dieses Teilresultats haben die Kommunisten nicht in geringster Ursache, "Siege" in die Welt zu posaunen. Trotz gehässiger Angriffe und trotz widerwärtigster Verhältnisse ist es den Freien Gewerkschaften gelungen, den Ansturm ihrer Gegner abzuschlagen. Da bisher nur die Ergebnisse aus den grössten Werken vorliegen, werden die Ergänzungsmittelungen die Stimmzahl für die Freien Gewerkschaften noch wesentlich verbessern.

SPD. Im Reichsarbeitsministerium haben dieser Tage Nachverhandlungen mit den Tarifparteien über die vom Zechenverband beantragte Verbindlichkeitsklärung des unter Vorsitz des Schlichters Brahm am 19. März gefällten Schiedsspruches über die Arbeitszeit der technischen Angestellten im Ruhrbergbau stattgefunden. Die Angestelltenvertreter wiesen darauf hin, dass der vorliegende Schiedsspruch im Widerspruch steht mit dem § 6a der Arbeitszeitverordnung. Nach dem Schiedsspruch erhalte der Grubensteiger 20 Pfg. für eine Stunde Mehrarbeit, obwohl der normale Stundenverdienst 1,33 Mark betrage. Der Schiedsspruch sehe ferner für zwei Sonntage nichtbezahlte Pflichtarbeit für die Ubertage-Angestellten vor, was eine Bezahlung von 5 bis 16 Pfg. für jede Mehrarbeitsstunde ausmache. Der Schiedsspruch, der eine Laufzeit bis zum 1. März 1931 festlegen wolle, sei für die technischen Angestellten eine unmögliche Zumutung.

SPD. Im Zwickauer Kohlenrevier ist die Betriebsratswahlbewegung abgeschlossen. Auf sämtlichen Werken des Zwickauer Reviers und im Plauenschen Grunde ist überall nur eine freigewerkschaftliche Liste eingereicht worden, so dass Wahlen überhaupt nicht stattfinden. Die Kommunisten haben kein Mittel unversucht gelassen, eigene Listen der revolutionären gewerkschaftlichen Opposition aufzustellen. Das ist ihnen jedoch in keinem Falle gelungen.

SPD. Im rheinischen Baugewerbe ist es zu einer Einigung in der Lohnfrage gekommen. Das verstärkte Tarifamt hat in Köln einen Schiedsspruch gefällt, wonach die bestehenden Löhne bis zum 31. März 1931 in Kraft bleiben. Der Schiedsspruch wurde mit den Stimmen der drei Unparteiischen und der des Vertreters der Arbeitnehmer gefällt; er ist somit endgültig und bindend.

SPD. Das Exekutivkomitee des Internationalen Bergarbeiter-Verbandes tritt am 31. März im Madrider Volkshaus zusammen, um die Vorbereitungen für den am 12. Mai beginnenden Internationalen Bergarbeiter-Kongress in Krakau zu treffen und die Stellungnahme der Internationale zu der auf der nächsten Genfer Arbeitskonferenz zur Verhandlung kommenden Regelung der bergbaulichen Arbeitszeit durchzuberaten. Die Wahl des Tagungsortes ist auf wiederholte Einladung des spanischen Bergarbeiter-Verbandes zurückzuführen, der die Kameraden der übrigen Länder mit den kohlenwirtschaftlichen Einrichtungen Spaniens vertraut machen will.

Die spanische Kohlenwirtschaft ist der deutschen nachgebildet. In Spanien ist ferner ein sehr interessanter Versuch der gewerkschaftlichen Eigenbewirtschaftung eines Bergwerks gemacht worden. Der spanische Bergarbeiter-Verband zählt etwa 15 000 Mitglieder.

Die sich gegenwärtig ganz allgemein stärker bemerkbar machenden Kohlenmarktschwierigkeiten sind auch in Spanien zu beobachten und sie haben auch dort die Entlassung Tausender von Bergleuten zur Folge gehabt. Diese Verschärfung der internationalen Kohlenkrise wird die Bergarbeiter-Internationale zum Anlass nehmen, auf eine Beschleunigung der Kohlenarbeiten des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes zu drängen. Neben dem Vorsitzenden des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, dem Abg. Husemann, nehmen der Abg. Limbertz und Dr. Berger-Bochum als deutsche Vertreter an der Madrider Komiteesitzung teil.

SPD. Die Streikbewegung in den Betrieben der Bemberg-Kunstseide- und Glanzstoff-Korporation in Elisabethtown, Tennessee ist von der amerikanischen Unternehmer-Presse als eine Art Aufruhr geschildert worden. In Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders, wie durch eine Erklärung des soeben zurückgetretenen Distrikts-Sheriffs von Elisabethtown hervorgeht. Der Sheriff stellt fest, dass sein Rücktritt durch Druck von oben veranlasst wurde. Er sollte mit größer Brutalität gegen die streikenden Arbeiter vorgehen, deren ganzes Verbrechen darin bestand, dass sie Lohnkürzungen und Massregelungen nicht stillschweigend hinnehmen wollten. Nach der Erklärung des Sheriffs ist es in der kapitalistischen Presse plötzlich still geworden. Der Streik geht unter gewerkschaftlicher Führung weiter; er steht zur Zeit günstig.

SPD. In Rumänien hat die Arbeitslosigkeit zur Abwanderung von Arbeitern nach der Türkei geführt. So ist bereits ein Transport rumänischer Holzarbeiter aus Bukowina auf dem türkischen Dampfer "Inpete" nach der Türkei abgegangen. Die Arbeiter werden von türkischen Holzfirmer in Anatolien beschäftigt. In den nächsten Tagen gehen weitere Transporte mit Hundertern von rumänischen Arbeitern ab.



Gesetzliche Regelung der Bausparkassen.

SPD. Das "Bausparen" ist aus den angelsächsischen Ländern nach Deutschland gekommen. In England und Amerika liegt allerdings der Schwerpunkt des Bausparens auf dem "Sparen". Die dortigen Bausparkassen sind nichts anderes als Hypothekeninstitute, die Spargelder annehmen und diese als Hypothekendarlehen ausleihen. Der "Sparer" geht dort nicht darauf aus, selbst ein Darlehen zu bekommen; er sucht vielmehr eine günstige Geldanlage. Ganz anders bei uns: Hier liegt der Schwerpunkt durchaus bei dem "Bauen". Die deutschen Bausparer wollen nicht ihre Spargroschen günstig anlegen; sie suchen im Gegenteil ein Darlehen zur Errichtung einer Wohnung, eines Eigenheimes.

In dieser Verschiedenheit der englisch-amerikanischen und der deutschen Bausparkasse liegt auch der Grund für die Skepsis, mit der das deutsche Bausparwesen immer noch betrachtet werden muss. Die Bausparkassen müssen ihren Sparern die Aussicht auf baldige Erlangung eines Eigenheims bieten (nicht wie in England, den Anreiz einer guten Geldanlage). Die Erstellung eines Eigenheims kostet aber mindestens 15.000.-RM. Es müssen also roh gerechnet, 10 Sparer jährlich 1.500.-RM. sparen, um in jedem Jahre einem zum Bauen zu verhelfen. Der Letzte käme also in 10 Jahren zum Zuge. Die Aussicht auf eine so lange Wartezeit ist aber natürlich kein Anreiz, einen Bausparvertrag abzuschliessen. Deshalb führte man überall in irgendeiner Form ein Verlosungssystem ein. Die ganze Sache bekommt dadurch den Charakter einer Lotterie, bietet aber die Möglichkeit, dass einzelne Sparer schon nach kurzer Zeit zu ihrem Häuschen kommen.

Bereits vor längerer Zeit ergab sich, dass die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen für das Bausparwesen nicht mehr genügten. Insbesondere zeigte sich, dass der Bausparer selbst nicht ausreichend geschützt werden konnte. Es tauchte auch aus den beteiligten Kreisen selbst heraus der Wunsch nach einer gesetzlichen Regelung des Bausparwesens auf.

Die Reichsregierung beabsichtigte zuerst die Vorlage eines besonderen Bausparkassengesetzes. Schliesslich einigte man sich aber darauf, die Bestimmungen über das Bausparwesen in das neu zu fassende Depot- und Depositengesetz hineinzuarbeiten. Der Referentenentwurf dieses Gesetzes ist nun fertiggestellt und wird demnächst dem Reichskabinett zugeleitet werden.

Der Grundgedanke dieses Entwurfes ist der, dass Bausparkassen in Zukunft für ihren Geschäftsbetrieb eine besondere Konzession brauchen und dass sie der staatlichen Aufsicht unterstellt werden. Die Zulassung einer Bausparkasse wird von bestimmten Richtlinien für die Fassung ihrer Satzungen und von dem von ihr vorzulegenden Geschäftsplan abhängig gemacht.

Bisher waren die Gesellschaftsverträge bzw. die Satzungen der Bausparkassen oft reichlich unklar, sodass bei den Bausparern in vielen Fällen falsche Vorstellungen über das Wesen, den Zweck und die Ziele der Kasse entstehen mussten. Diese Unzuträglichkeiten sucht der Gesetzentwurf dadurch zu beseitigen, dass er vorschreibt, die einzelnen, von der Kasse betriebenen Geschäfte genau zu bezeichnen und die Grundsätze für die Anlage des Vermögens anzugeben. Vielfach ist es bisher üblich gewesen, die Spar- und Darlehensbedingungen so zu formulieren, dass die günstigsten Momente besonders hervortraten (insbesondere

hinsichtlich der Wartezeit). Dem sucht der Gesetzentwurf zu begegnen, indem er genaue Vorschriften für die Fassung der Sparbedingungen macht. Höhe und Fälligkeit der Leistungen des Sparerers und der Bausparkasse müssen genau festgelegt sein, ebenso die Grundsätze für die Darlehensgewährung, insbesondere für die Länge der Wartezeit. Wichtig ist auch, dass genau festgelegt werden muss, welche Folgen für den Fall des Verzugs eintreten. d.h. für den Fall, dass der Bausparer seinen übernommenen Verpflichtungen nicht nachkommen kann.

Genau zu bestimmen sind in Zukunft auch die Vorschriften über die dringliche Sicherung der Darlehen sowie über die Zulässigkeit der Abtretung oder Verpfändung der Ansprüche des Sparerers gegen die Kasse. Desgleichen muss die Möglichkeit der Kündigung und der Aufhebung des Vertrages durch beide vertragsschliessenden Parteien festgelegt werden. In vielen Fällen ist es üblich, mit dem Bausparvertrag eine Lebensversicherung zu verbinden. Auch hier müssen die Darlehensbestimmungen genaue Angaben über die Form dieser Versicherung machen.

Wie bereits erwähnt, sollen die Kassen der staatlichen Aufsicht unterstehen und zwar durch das Aufsichtsamt für Privatversicherungen. Die § 64 ff des Gesetzes über die Privatversicherungsunternehmen sollen in Zukunft auch für die Beaufsichtigung der Bausparkassen Anwendung finden. Demnach soll das Reichsaufsichtsamt jederzeit die Bausparbetriebe kontrollieren und Geschäftsführung und Vermögenslage einer Prüfung unterziehen können. Falls eine Bausparkasse gegen die gesetzlichen Bestimmungen und gegen ihren, von der Staatsbehörde genehmigten Geschäftsplan arbeitet oder sich sonstige schwere Misstände ergeben, kann der Geschäftsbetrieb durch das Reichsaufsichtsamt untersagt werden. Darüber hinaus werden die Kassen verpflichtet, an das Aufsichtsamt regelmässig statistische Nachweise einzureichen. Ein von der Aufsichtsbehörde bestellter Treuhänder überwacht die laufende Geschäftsführung, insbesondere die Zuteilung der Baudarlehen.

Der von der Aufsichtsbehörde zu genehmigende Geschäftsplan muss u.a. die Grundsätze festlegen, die für die Berechnungen der Kasse über Verzinsung, Zuteilung usw. massgebend sind, ferner die Bildung von Bausparergruppen, die Ansammlung des Vermögens und der Reserven, die Aufbringung der Verwaltungskosten usw.

SPD. Das Ende Dezember 1929 abgelaufene Geschäftsjahr war bei der Preussischen Elektrizitäts A.-G. (Preag) ein Jahr der stürmischen Aufwärtsentwicklung. Die Stromabgabe stieg von 537,7 Millionen Kilowattstunden auf 646,2 Millionen, also um 20,17%. Hiervon entfallen auf die Abgabe der Nordwestdeutschen Kraftwerke 175,6 Millionen kWh.

Das Rationalisierungsprogramm des Unternehmens, das sich in der Mehrheit im Besitz des preussischen Staates befindet und an dem belieferte Gemeinden wesentlich beteiligt sind, konnte weiter durchgeführt werden. Von dem Bestreben geleitet, die unproduktiven Kosten zu vermindern, durch die der Strom, der auf dem Wege zum Verbraucher durch mehrere hintereinander geschaltete Verteilungsunternehmen geht, verteuert wird, hat die Preag durch Zusammenfassung einer grösseren Anzahl bisher selbständiger kleinerer Versorgungsbetriebe neuen Forderungen rationaler Betriebsführung auch räumlich angepasste Verteilungsgruppen (Stromversorgungsgesellschaften) gebildet. An diesen Gesellschaften ist die Preag aktienmässig beteiligt. Um die Zusammenarbeit der Preag mit den an der Stromversorgung ihrer Bezirke beteiligten kommunalen Körperschaften möglichst eng zu gestalten und die Vertretung der örtlichen Interessen auch für die Zukunft zu sichern, wurde den Körperschaften die Möglichkeit einer aktienmässigen Interessennahme an der Preag eingeräumt. Von diesem Recht haben die Kommunen voll Gebrauch gemacht. Die Konzentration geht im Rahmen der Preag; jedoch soll das erfasste Gebiet nicht überschritten werden. Die vor Jahren gegründete Reichselektra, an der die grossen Elektrizitätsgesellschaften be-

teilt ist, hat praktische Auswirkungen bis jetzt leider nicht gehabt.

Der gestiegenen Leistung entspricht die Steigerung der Anlagen. Die Bilanzsumme hat sich im Laufe eines Jahres von 148,7 Millionen Mark auf 271 Millionen Mark erhöht. Bei den Anlagewerten liegt eine Steigerung von 71,1 auf 105,5 Millionen, bei den Betriebswerten von 42,1 auf 99,4 und bei den Beteiligungen von 35,5 auf 66,1 Millionen vor. Die starke Steigerung der Anlagewerte ist durch Neubautätigkeit bedingt. In den Betriebswerten sind Vorauszahlungen an Lieferanten, Vorschüsse an kontrollierte Tochtergesellschaften und die langfristigen Darlehen an Konzerngesellschaften enthalten.

Die Erweiterung des Unternehmens bedingte eine entsprechende Kapitalversorgung. Die Erhöhung des Aktienkapitals von 80 Millionen auf 125 Millionen Mark ist durchgeführt. Unter den fremden Mitteln wird die Englandalleihe in Höhe von 24,5 Millionen Mark und die im verflorenen Geschäftsjahr aufgenommene Dollaranleihe von 16,8 Millionen aufgeführt. Die Darlehensgläubiger betragen rund 97,9 Millionen Mark und die Gläubiger 27,6 Millionen Mark. Es handelt sich hier um Mittel, die bis zu 5 Jahren gegeben worden sind (durchweg Inlandsgelder) und die später in längere Anleihen umgewandelt werden sollen. Bei den Schuldnern in Höhe von 56,19 Millionen Mark handelt es sich u.a. um Verrechnungskonten mit Tochtergesellschaften usw.

Der Betriebsüberschuss hat sich von 10,52 Millionen auf 13 Millionen Mark erhöht. Die Handelsunkosten weisen eine Erhöhung um rund 100 000 auf 800 000 Mark aus. Für die Erneuerungsrücklage sind 4,6 Millionen (im Vorjahr 4,1 Millionen) Mark bereitgestellt worden. So ergibt sich ein Reingewinn von 13,109 Millionen gegenüber 10,606 Millionen Mark im Vorjahr.

Die Preag teilt weiter mit, dass sie Versuche mit den neuen ölfreien Schaltern vornimmt. Die Neukonstruktionen werden von der Gesellschaft im Interesse der Betriebssicherheit begrüsst.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(27. März)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,50 bis 1,80, Rote 1,60 bis 2,00, gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 2,30 bis 2,50 Mark.

Berliner Milchpreis.

(27. März)

-SPD. Milchpreis Berlin: Erzeugerpreis für 1 Liter Vollmilch frei Berlin = 14 Pfennige (Grundpreis) ab 28. März. Zuschläge für tiefgekühlte Milch 0,5 Pfennige, für molkereimässig bearbeitete Milch 1-2, 25 Pfennige.

Fester auf die neuen Zollsätze.

(Berliner Getreidebörse vom 27. März)

SPD. Die Berliner Produktenbörse hatte am Donnerstag wieder festere Stimmung zu verzeichnen. Massgebend hierfür war das schnelle Eintreten der neuen Zollsätze, das bereits in der vorangegangenen Nacht erfolgte. Demzufolge konnten am Markte der Zeitgeschäfte für beide Brotgetreidearten die Maisichten um 1 Mark, für Juli um etwa $1\frac{1}{2}$ Mark anziehen. Auch im Handel mit effektiver Ware liessen sich für Roggen und Gerste bei kleinem Angebot und guter Kauflust etwas höhere Preise durchsetzen. Am Mehlmarkt waren die Forderungen der Mühlen für feines Auszugsmehl stark erhöht, die jedoch von den Käufern nicht bewilligt wurden. Demzufolge gestaltete sich das Geschäft sehr schleppend. Auch in Roggenmehl liessen sich nur wenig Umsätze erzielen, obwohl hier die Forderungen noch unverändert lauteten. Hafer hatte stetige Tendenz; bei knappem Angebot zeigte sich ziemlich rege Kauflust, namentlich für das Exportgeschäft.

	<u>26. März</u>	<u>27. März.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	246 - 248	248 - 259
Roggen	141 - 144	142 - 145
Braugerste	162 - 172	164 - 175
Futter- und Industrierogerste	143 - 153	144 - 155
Hafer	128 - 137	129 - 139
loco Mais Berlin	165	167
Weizenmehl	27,25-34,85	27,25-35,25
Roggenmehl	20,50-23,75	20,50-23,75
Weizenkleie	8,50- 9,00	8,50- 9,00
Roggenkleie	8,75- 9,25	8,75- 9,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März - (Vortag -), Mai $264\frac{1}{2}$ ($263\frac{1}{2}$), Juli $269\frac{1}{2}$ ($267\frac{1}{2}$). Roggen März 155 (154), Mai $161\frac{1}{2}$ ($160\frac{1}{2}$), Juli $167\frac{1}{2}$ (166). Hafer März -(-), Mai 142 (139), Juli $147\frac{1}{2}$ (146).

Amtliche Eiernotierungen.

(27. März)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte) über 65 Gramm 11, 60 gr. 10, 53 gr. $8\frac{1}{2}$ -9, 48 gr. 8, frische Eier 53 gr. $8\frac{1}{2}$, aussortierte kleine und Schmutzeier 6- $6\frac{1}{2}$. Auslandseier: Dänen 18er $11\frac{1}{4}$, 17er $10\frac{1}{2}$, 15 $\frac{1}{2}$ -16er $9\frac{1}{2}$, Holländer 68 gr. $11\frac{1}{4}$ 60-62 gr. 10-11, Rumänen $7\frac{1}{4}$, Ungarn $7\frac{1}{4}$ - $7\frac{3}{4}$, Russen, normale 7, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6- $6\frac{1}{2}$. In- und ausländische Kühlhauseier: Chinesen und ähnliche $5\frac{1}{2}$ - $6\frac{1}{2}$, Tendenz: Etwas freundlicher.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 27. März: I. 138 Mark, II. 123 Mark, III. 107 Mark je Zentner. Tendenz sehr ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Nr. 24

Berlin, den 27. März 1930.

Der "Werkraum" der Hausfrau.x

SPD. Bei dem Thema "Werkraum der Hausfrau" denkt man in erster Linie an die Beschaffenheit der Küche. Sie ist der "Werkraum der Hausfrau". In der Küche steht der Herd, das wichtigste Inventar, der Mittelpunkt, das wärmende Feuer, der Ausgangspunkt für das Wohlbefinden und Behagen aller Hausgenossen. Von der Küche geht die Behaglichkeit und Sauberheit der ganzen Wohnung aus. Hier ist das Wasser, mit dem Staub und Schmutz beseitigt werden. Da sind die Geräte, vom Schrubber und Besen bis zum Mopp und Staubsauger, hygienische Hilfsmittel in der Hand der Hausfrau. In der Küche wird alles wieder erneuert, ersetzt, aufgebaut, was im Gebrauch des Wohnens zerstört wird. Das Wirken der Hausfrau ist Pflege und Erhaltung. Viel Zeit und Mühe wird daran gesetzt; alles ist Wiederholung bei weiser Einteilung der Zeit.

Im allgemeinen Volksbewusstsein wird häufig die Hausfrauentätigkeit minder geachtet als die Arbeit der Erwerbstätigen. Denn ein Haushalt ist kein "werbender" Betrieb. In ihm wird nur verbraucht, nicht erzeugt! Es ist im Laufe der Jahrhunderte zwar anders geworden; denn früher war der Haushalt auf seine Art ein "werbender" Betrieb; er war Fabrikationsstätte für die Notwendigkeiten des eigenen Bedarfs, nämlich alles dessen, was in der Familie an Kleidung und Nahrung gebraucht wurde. Heute wird fast alles in Fabriken und mit Maschinen gemacht, und wir können, wenn wir das Geld dazu haben, alles kaufen, was wir brauchen.

Dass sich der heutige Werkraum der Hausfrau wesentlich unterscheiden muss von der Küche der Vergangenheit, ist nur natürlich und war durch die Entwicklung vom Hand- zum Maschinenbetriebe bedingt. Dass die Beschaffenheit der heutigen Durchschnittsküche ideal ist, wird nicht behauptet werden können. Ob die Patentlösung bei den modernen Küchen schon gefunden ist, das wird auch noch eine offene Frage sein. Es ist mit Recht das Bestreben da, in möglichst kurzer Zeit mit wenigen Handgriffen und verringerten Schritten auszukommen. Das setzt natürlich kleineren Raum als früher und sinnvolle Anordnung aller Arbeitsgeräte voraus. Es ist aber zu bezweifeln, dass die Kleinheit der Küche immer arbeitssparend und praktisch ist. Viel richtiger wird es sein, dass man den goldenen Mittelweg beachtet und so viel Raum lässt, dass zwei bis drei Menschen in der Küche zum Arbeiten Platz haben. Zum Beispiel kann sich die Besitzerin einer Frankfurter Kleinküche nie das Vergnügen leisten, dass ihr jemand beim Geschirrspülen hilft.

Neben dem Ideal der Rationalisierung soll die Kleinküche die erzieherische Wirkung ausüben, dass sich die Frauen in ihrer freien Zeit mehr im Wohnraum aufhalten. Es ist nicht anzunehmen, dass es restlos mit der Frankfurter Methode erreicht wird.

Unmöglich aber ist die winzige Küche, wenn kleinere Kinder da sind, die spielen und beaufsichtigt werden wollen, und die auch den Küchenbetrieb in Anspruch nehmen. Denn es ist immer kleine Wäsche zu besorgen, mit der man nicht jedesmal in die Waschküche geht. Es bleibt also nur ein begrenzter Personenkreis übrig, für den der kleine "Werkraum" der Hausfrau nützlich und angebracht sein kann. Jungverheiratete, Ehepaare ohne Kinder, Eheleute, die beide ausser dem Hause arbeiten, vor allem aber alleinstehende berufstätige Frauen mit gutem Einkommen gehören zu diesem Personenkreis. Der "kleine Werkraum"

ist für die Hausfrau mit Kindern ganz unmöglich, wenn keine Ergänzungsstätten da sind. Dazu sind Kinderkrippen und Horte, vor allem aber Kindergärten und geschützte, beaufsichtigte Spielplätze zu zählen. All diese Voraussetzungen sind beim Wohnungsneubau nötig, wenn neues Wohnungselend verhütet werden soll.

Leider nimmt man bei Neubauten keine Rücksicht darauf, dass bei der Kleinheit der heutigen Räume solche Wohnungsergänzungen eine dringende Forderung sind. Auch die Kommunen, soweit sie selbst als Bauherren in Frage kommen, denken nicht daran. In den Baugenossenschaften vergisst man es ebenfalls: hier wirken eben nur Männer, die nicht an die Misere der überfüllten Wohnung denken. Die Frauen sollten sich melden! Sie sollten viel aktiver werden und mitbestimmen, wie Pläne und nachher Wohnungen auszusehen haben. "Der kleine Werkraum der Hausfrau" mag volkswirtschaftlich so vorteilhaft wie nur möglich sein: vom Standpunkte der Hausfrau mit Kindern aus gesehen ist er immer dann eine schwere Belastung der Frauen, wenn man keine Kindergärten, Horte und Spielplätze vorsieht.

Elisabeth Kirschmann.

Kinderehen.^x

SPD. Das am 1. April in Indien in Kraft tretende gesetzliche Verbot der Kinderehen, das in den letzten Märztagen noch einmal eine Massenverhehlung von Kindern zur Folge gehabt hat, lenkt die Aufmerksamkeit der zivilisierten Welt aufs neue auf den barbarischen Brauch der Kinderehen, bei einer Reihe von Völkern, dessen Bekämpfung auf so ausserordentliche Schwierigkeiten stösst. Für Indien wird die soziale Umwälzung, die sich dort heute unter dem politischen Einfluss fortschrittlich eingestellter Frauen vollzieht, von grösster praktischer Bedeutung sein.

Wenn auch gesundheitlich weniger schädlich, so doch sittlich nicht weniger verwerflich sind die - in Indien vielfach an die Stelle der Kinderehe tretenden - Kinderverlobungen. Der noch unmündige, unentwickelte Mensch wird hier in eine lebenslängliche Zwangsbindung hineingepresst, die nur von den elterlichen Interessen diktiert ist. Den Rekord im Hinblick auf Frühverlobung stellen jene Stämme auf, die das Kind schon im Mutterleibe verloben - wobei es ihr Geheimnis bleibt, wie sie das Geschlecht des werdenden Kindes erkennen und einschlechtliche Mesallianzen vermeiden. Bei den Basutos in Südafrika werden "Ehen" schon zwischen Säuglingen und Kleinkindern geschlossen, bzw. diese Würmchen mit einem Erwachsenen "verheiratet". Dann ergibt sich das für unsere Begriffe groteske Bild, dass ein Mann in seinem Harem so einen Säugling auf den Knien schaukelt als seine jüngste "Gattin". In einigen tropischen Landstrichen herrscht das mehr volle als schlanke Schönheitsideal. Die sechsjährigen "Ehefrauen" werden auf eine Farm zur Mast geschickt, wo sie mit Mehlspeisen, Fett und Rahm zu einer kugeligen Gestalt herangefüttert werden; wenn sie die Gewaltkur nicht vertragen können, dann sind sie das Kaufgeld nicht wert, das der Mann an den Schwiegervater zahlen musste. Auf den Andamanen kann ein Mann eine "gesetzte" Witwe von 20 Jahren und deren kindliche Tochter gleichzeitig heiraten. Zwischen 4 und 5 Jahren heiraten die Mädchen in China, Brasilien und Zeylon. Allerdings besteht bei den Chinesen die Einschränkung, dass zwar der Heiratskontrakt von den beiderseitigen Eltern schon zu dieser Zeit unterfertigt, die wirkliche Ehe aber "erst" im 12. Lebensjahr des Mädchens geschlossen wird. Zwischen 5 und 8 Jahren heiraten die Mädchen bei den Indianern und den Aegyptern, bei den Kopten mit 8 Jahren, auf Java und Borneo mit sieben Jahren. Bei den Malaien und in Guatemala wird den Ehemännern zunächst als Ersatz für die gar zu jugendliche Ehefrau eine Sklavin ins Haus geschickt. Bei

den Tataren und Persern sind weibliche Nachkommen darum besonders erwünscht, weil der Verkauf ganz junger Mädchen zu Heiratszwecken dem Vater ein hübsches Stück Geld einbringt. Mohammed wünschte die Kinderehe, damit seine Anhänger sich so rasch wie möglich vermehrten. In der kleinasiatischen Türkei heiratet darum das Mädchen mit 10 Jahren und wird wie eine Sklavin des Mannes gehalten.

Die Folgen frühzeitiger Mutterschaft sind frühes Verwelken und Hinsterven der Frau. Bei den Kopten (in Abessinien) bekommen sechzehnjährige Frauen Runzeln und graue Haare. Die dreissigjährigen Aegypterinnen sehen aus wie Greisinnen; auf Borneo humpeln diese Frauen auf Stöcke gestützt herum. In den Tropen und im Orient können die Frauen vom 10. bis 12. Jahre ab Mutter werden. Bei den Indianern fallen die meisten Erstgeburten in das 12. bis 15. Lebensjahr der Frau. Eine - für unsere Begriffe - noch jugendliche Indianerin sieht aus wie eine Urgrossmutter. In Indien ist ein Massensterben der Frauen im ersten Wochenbette die Folge der Kinderheiraten. In Abessinien sterben 30 % der kindlichen Frauen im ersten Wochenbett, in Neu-Britannien ein noch höherer Anteil. Über solche allgemein auftretenden Erscheinungen kann es kaum hinwegtrösten, dass bei einigen Stämmen (in Madras, auf den Antillen) die jungen Frauen die Frühmutterschaften ausgezeichnet vertragen und ein blühendes Aussehen auch in späteren Jahren behalten.

Die Absicht, mit der Kinderehe die Geburtenzahl hochzutreiben, scheitert an der Tatsache, dass die Gebärfähigkeit dieser Frauen im allgemeinen schon nach dem 20. Lebensjahre aussetzt.

Man ist zu sehr gewohnt, die Schädigungen der Kinderehe nur für die Frau und nur rein körperlich in Betracht zu ziehen, weil sie hier am augenfälligsten sind. Zweifellos aber wird auch die geistige Entwicklung der Frauen auf das schwerste behindert, nicht allein durch die körperliche und Arbeitsüberlastung, sondern auch dadurch, dass jene Organe bei frühen Geburten nicht zur Ausreifung kommen können, mit denen die geistige Leistungsfähigkeit der Frau in engem Zusammenhange steht. Die Schädigungen der Kinderehen bei Knaben sind nicht so offensichtlich, aber zweifellos ebenfalls vorhanden in der Möglichkeit des vorzeitigen ungehemmten sexuellen Auslebens des noch unentwickelten Organismus.

Auch in Deutschland hat es im Mittelalter dynastische Kinderehen gegeben. Sie sind genau so überwunden worden wie das unter der männlichen Vorherrschaft gezüchtete Vorurteil, dass ein unverheiratetes oder unverlobtes Mädchen von 20 Jahren eine lächerliche "alte Jungfer" sei. Wenn auch in wärmeren Zonen das schnellere Reifen des Menschen immer andere Mässtäbe gelten lassen wird als bei uns, so wird es doch nur entschlossenes, einmütiges Vorgehen der Frauenbewegung im Bunde mit fortschrittlich eingestellten Regierungen durchaus möglich sein, wie auch das Beispiel Indiens beweist, die schlimmsten Auswüchse in absehbarer Zeit zu beseitigen.

H.S.

Die Arbeiterfrau im Film.^x

SPD. Der Film ist keine reine Phantasiekunst wie das Schauspiel und erst recht die Oper. Die photographische Kamera hält die Wirklichkeit fest, und der Inhalt des Kunstwerks muss der Technik Rechnung tragen. Das ist der Grund, weshalb die meisten historischen Filme misslingen; man kann nun einmal Geschichte nicht photographieren, sondern nur die Gegenwart. Perrücken, Kostüme, angeklebte Bärte, Pappkulissen - alles das sind Dinge, gegen die sich der Film seinem innersten Wesen nach sträubt. Die photographische Linse enthüllt schonungslos alles Gestellte, Gefälschte, Verlogene. Deshalb wirkt

der "Filmkitsch" so viel peinlicher als der "Theaterkitsch".

Es hat fast ein Menschenalter gedauert, bis man diese Binsenweisheit erkannt hat. Erst die Russen haben eigentlich dem Film gegeben, was des Filmes ist. Es ist kein Zufall, dass diese ersten technisch vollendeten und stilistisch ausgereiften Werke - man kann die des Amerikaners Charlie Chaplin daneben stellen - proletarischen Inhalt hatten. Der Kapitalismus hat gar kein Interesse daran, die Dinge so zu sehen, wie sie wirklich sind - er betrachtet die Welt lieber durch die rosige Brille der bürgerlichen Ideologie. Er predigt Frömmigkeit und Tugend und Genügsamkeit, damit die Besitzlosen hübsch stillhalten, wenn man ihnen das Fell über die Ohren zieht. Wenn die Grossverdiener den Armen keine Arbeit gäben, könnten die Armen alle zusammen verhungern. Die edlen Unternehmer tun aber noch ein übriges: sie retten unter Lebensgefahr verunglückte Arbeiter in ihren Betrieben - ja, sie steigen ins Proletariat hinab und heiraten die Arbeitertöchter, die sich eigens für sie ihre Jungfräulichkeit aufgehoben haben. Zuweilen erscheint - namentlich bei den Amerikanern - ein rührendes weisshaariges Mütterchen, das viel weint und betet und dadurch den misstrauenden Sohn vor dem Verderben bewahrt. Da bleibt kein Auge trocken....

Aber mit diesen heulenden Betschwestern ist kein eindrucksvoller Film zu drehen - so wenig wie mit der chiken Jungfrau, die mindestens ein halbes Dutzend Toiletten vorführt, sich den Mund klein schminkt und falsche Wimpern an die seelenvollen Augen klebt. Unsere Sympathie gehört einer ganz anderen Art von Frauen: der Proletarierfrau, die zu den schweren Pflichten der Gattin, Mutter und Hauswirtin die Fron der Arbeit für fremde Menschen auf sich nimmt. Jene ungenannte und vergessene Heldin des Alltags, die in Käte Kollwitz ihre Prophetin gefunden hat. Die deutsche Dichtung hat bis auf den heutigen Tag noch nichts geschaffen, was sich mit diesem Porträt der Arbeiterfrau vergleichen liesse.

Es scheint dem Film vorbehalten zu sein, diese Lücke auszufüllen. Den Typus der Proletarierin hat der russische Regisseur Pudowkin geschaffen, ein Schüler des "Potemkin"-Schöpfers Eisenstein, mit seiner "Mutter" nach der Novelle von Maxim Gorki. Das ist keine Idealfigur im Plakatstil, sondern ein armes, kleines, geschundenes Weib, das unter den rückständigen Ansichten ihres Trunkenbolds von Gatten dahinvegetiert. Nur immer brav kuschen - darin erschöpft sich ihre Lebensweisheit. Kuschen vor der Regierung des Zaren, kuschen vor dem Popen, kuschen vor dem Geldsack des Arbeitgebers. Erst als man der alten Frau den Sohn nimmt und sie wegen Teilnahme an der Befreiungsbewegung der Arbeiterschaft in den Kerker schleppt, erwacht sie aus der Dumpfheit ihres Sklavenebens. Und dann, als ihr Junge mit seinen Genossen aus dem Zuchthaus ausbricht, marschiert sie dem Zuge der Aufständischen voran und trägt ihre Fahne in die Morgenröte einer neuen Zeit hinein. Aus der Mutter ist eine Kämpferin geworden. Das wird ohne jedes Pathos erzählt, ganz schlicht, und darum eben so überzeugend.

Die Russen sind auch in der Wahl ihrer Darsteller besonders glücklich. Sie holen sie sich nicht von der Bühne, sondern von der Strasse. Die "Mutter" Pudowkins war eine ganz reizlose, vergräme, verarbeitete Frau, die Baranowskaja. Man konnte ihre grossen, gütigen, leidvollen Augen nicht wieder vergessen; die waren unendlich viel schöner als die Schelmenäuglein der Dagover oder der Dita Parlo oder der Brigitte Helm. Wiederum erschien das scharfprofilierte Gesicht der Baranowskaja in Pudowkins Grossfilm "Die letzten Tage von St. Petersburg". Hier ist sie nicht Mutter, sondern Gefährtin und Helferin ihres Gatten, eines Arbeiterführers. Sie erlebt alle Phasen des Kampfes um die politische Macht der Arbeiterklasse mit in ihrer dunklen, muffigen Kellerwohnung, stets bedroht von der Polizei. Zuletzt aber tritt sie heraus auf den Kampfplatz, schreitet wie eine Siegerin durch die Räume des Zarenschlusses zu ihrem Manne, der im Arbeiterrat sitzt. Alle Herrlichkeit der Grossen dieser Welt muss sich vor ihr beugen.

Und dann ist es endlich, endlich auch bei uns besser geworden. An dem rus-

sischen Vorbild konnte man nicht achtlos vorbeigehen - selbst in Amerika nicht. Piel Jutzi hat zwei echt proletarische Filme gedreht: "Hunger über Waldenburg", der im schlesischen Elendsrevier aufgenommen und von Arbeitern jener Gegend gespielt worden ist. Auch hier begegnen wir einer Proletarerin, der Witwe eines Bergarbeiters mit einem Häufchen Kinder, die einen jungen Arbeitssuchen bei sich aufnimmt und dafür von den kleinbürgerlichen Nachbarn geächtet wird. Stärker noch, gestrafter, wuchtiger ist desselben Regisseurs "Zillefilm" - ein echter Zillefilm, keiner von denen, die mit dem Namen des Meisters Missbrauch getrieben hatten - "Mutter Krausens Fahrt ins Glück". Die Heldin ist diesmal ein altes Mütterchen, eine Zeitungsfrau im Berliner Norden. Sie hat nicht den aufbegehrenden Trotz der russischen Revolutionärinnen bei Pudowkin: einzig im Dulden ist sie gross. Sie nimmt zu ihren eigenen Plagen auch noch die Verfehlungen ihrer Kinder auf sich. Erst dann, wenn der alte Rücken diese Last nicht mehr zu tragen vermag, greift sie zum Gasschlauch und schlummert selig bei einer Tasse Kaffee, ihrem höchsten Genuss, hinüber ins "Glück", in das Ende aller Qualen.

Ganz ähnlich ist die Geschichte der Waschfrau, die die Baranowskaja verkörpert in "So ist das Leben". Der Schauplatz ist hier nicht Berlin, sondern Prag. Aber abgesehen davon, dass hier eine ungemein romantische alte Stadt einen wirkungsvollen Kontrast hergibt zu der entsetzlichen Oede des Proletariats, geht es nicht viel anders zu als im Berliner Milieu. Der Mann ist ein Säufer und Tagedieb, der seine eigenen Wege wandelt. Die Wäscherin muss ihn mit ernähren. Sie muss das Leid der erwachsenen Tochter tragen helfen, die ihre Stellung im Manicure-Salon verliert, weil sie schwanger ist. Sogar die Nachbarkinder kommen mit ihrem Kummer zu ihr, und als sie eins dieser Kinder vom Fenster wegweist, aus dem es hinauszustürzen droht, verbrüht sie sich selber mit dem Waschwasser. Sie stirbt verlassen, und der Alltag geht über sie hinweg.....

So ist das Leben wirklich - und nicht so, wie es uns die geschäftige, gedankenlose Serienfabrikation der grossen Glashäuser in Neubabelsberg und Hollywood vorgaukelt.

Hermann Hieber.

Der Einbrecher.^x

Eine junge Sozialbeamtin hatte ihr Heim in einem kleinen Gartenhaus eingerichtet, das mitten in einem weiten, parkartigen Grundstück lag. Eines Abends, als sie später als gewöhnlich nach Hause gekommen war, ging sie noch einmal in die Küche hinaus, um sich eine Tasse Milch warm zu machen. Sie fand die dort nach der Bodentreppe führende Türe angelehnt, wunderte sich darüber und öffnete die Tür ganz.

Ein fremder Mensch stand vor ihr im Halbdunkel. Sie erschrak heftig, wollte schreien, konnte nicht. Der Fremde schlug ihr das Licht aus der Hand; dann warf er sich gegen sie, um sie zu Boden zu zwingen.

So im völligen Dunkel rangen die Beiden miteinander im tiefsten Schweigen, das nur durch das Aechzen ihrer Anstrengung unterbrochen wurde. Valeska merkte bald, dass ihr Gegner wohl ein schwächlicher junger Mensch sein müsste, denn sie konnte ihn abwehren und stand bald wieder fest auf den Füßen. Durch diese Gewissheit körperlicher Überlegenheit gewann sie ihre seelische Ruhe zurück und benutzte die eingetretene Kampfespause, um zu fragen: "Warum sind Sie hier hergekommen? Was suchen Sie bei mir?"

"Ich bin arbeitslos. Ich brauche Geld", antwortete der Unbekannte heiser. Und wieder drang er auf sie ein. Valeska schüttelte ihn auch diesmal von sich

ab. "Geld werden Sie nicht viel bei mir finden", erklärte sie dann ruhig, "aber was ich da habe, will ich Ihnen freiwillig geben. Es werden ungefähr zehn Mark sein."

"Das nützt mir garnichts", murrte jener und begann den dritten Anlauf. "Wir werden gleich sehen, was sich drinnen findet".

Valeska streckte, ehe er sie erreichen konnte, die Hand gegen ihn aus. Unbekannte geistige Kräfte schienen ihr zuzuwachsen und sie sagte eindringlich und laut: "Gehen Sie weg! Was wollen Sie von mir? Ich tue Ihnen doch nichts. Wenn Sie in wirklicher Not sind, vermag ich Ihnen zu helfen. Sie wären der erste nicht. Verletzen oder töten Sie mich, so rauben Sie Ihren Gefährten eine Fürsprecherin. Es ist mein Beruf, für die zu sorgen, die den Halt verloren haben".

Sie schwieg einen Augenblick, um die Wirkung ihrer Worte abzuwarten. Der Bursche schien, an die Wand gelehnt, nachzudenken. "Sie wollen mich ins Gefängnis bringen", erwiderte er schliesslich mürrisch, ging aber nicht mehr von neuem gegen sie vor.

"Nein! Das will ich nicht!" erklärte Valeska voll Eifer. "Ich weiss zu gut, was das Gefängnis für die Jugend bedeutet....Wie alt sind Sie?"

"Neunzehn".

"Neunzehn", wiederholte Valeska, "da haben Sie noch Zeit genug, ganz von vorne wieder anzufangen. Ich werde Sie an den hiesigen Herbergsvater empfehlen. Dort bekommen Sie Unterkunft und Arbeit...."

Im Winkel wurde es unruhig. "Ich kenn' hier niemand."

"Aber wir beide, wir kennen uns nun doch", sagte Valeska gewinnend. "Ueber Ihre heutige Dummheit werde ich schweigen. Warten Sie, ich hole Ihnen mein Geld und lasse Sie hinaus."

"Mag kein Geld von Ihnen", klang es raubritterhaft-grossmütig. "Fort will ich jetzt!"

Vergebens suchte Valeska sein Vertrauen zu gewinnen. Er hatte Eile, fortzukommen. Sie wollte ihn zur Haustüre hinauslassen, aber in der Dunkelheit (das elektrische Licht war noch nicht angelegt) fand sie weder Streichholz noch Schlüssel. So musste er gehen, wie er gekommen war: durch das offene Fenster der Bodenkammer, gegen das er die Obstleiter gelegt hatte. Mitgenommen hatte er nichts.

Als er fort war und Valeska in der Stille der Nacht die überstandene Gefahr durchdachte, verlor sie nachträglich die Fassung und brach in heftiges Weinen aus.

K.Dorf.

SPD. Bewegte Vergangenheit.^x Madeleine Brohan, eine bekannte Pariserin, verheiratet sich. Wird von einer neidischen Freundin apostrophiert: "Deinen Zukünftigen! Den kenne ich schon längst. Der ist meine Vergangenheit!"

"Meinst du vielleicht, ich hätte erwartet, einen Mann zu finden, der dich noch nicht gekannt hätte?" ist Madeleines Antwort.

SPD. Aufrichtige Versöhnung.^x Die Mutter und die Tante der weltberühmten französischen Schauspielerin Sarah Bernhardt waren spinnefeind miteinander. Als die Mutter im Sterben lag, kam die Tante zu ihr: "Der Priester hat mir aufgetragen, dir zu verzeihen." "Ah, und du willst mir nun alles wirklich verzeihen?"

"Natürlich, du Kamel!"

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S + P + D

Berlin, den 27. März 1930.

Der Clown.^x

Von Ebbe Nielsen.

SPD. Auf meiner Reise musste ich in einer kleinen Provinzstadt übernachten. Als ich durch die Strassen schlenderte, entdeckte ich, dass gerade ein Wanderzirkus sein Zelt auf dem Marktplatz errichtete. Da jener eigenartige Duft, den eine mit Sägespänen bestreute Manege um sich verbreitet, niemals seine geheimnisvolle Anziehung auf mich verfehlt, trat ich näher. Hinter dem Zelte hielten fünf Wagen. Eine Schar Neugieriger hatte sich bereits versammelt, um den Vorbereitungen zuzuschauen. Auf den Stufen des letzten Wagens sass ein Mann der einen frierenden kleinen Affen fütterte. Irgendetwas im Gesichte des Mannes kam mir bekannt vor. Als ich näher trat, fiel es mir ein: - das war ja Calle....

Im Nu erinnerte ich mich an meine Schultage. Ich sah Calle oben auf den Steinstufen des Schulhofes stehen, umringt von einer Schar johlender und kreischender Kameraden. Wir wussten, dass er keinen Vater hatte - wir wussten auch, dass er aus diesem Grunde leicht zu kränken war. Calle hatte nur eine Chance, der "Kneblung am Laternenpfahl", den "Französischen Manschetten" und wie all diese kindlichen Folterstrafen sonst noch heissen mochten, zu entgehen, indem er uns Komödie vorspielte. Die ersten Male zwangen wir ihn dazu, aber später trat er freiwillig während der langen Pausen als Schauspieler auf. Wir hatten unsern Spass daran. Er ging nicht lange zur Schule. Er wurde krank, verliess uns und wurde vergessen...

Ich traf ihn später nie, sondern hörte nur, dass er an einem kleinen Vorstadttheater Schauspieler geworden war.

Die Jahre hatten ihn nicht sehr verändert. Er hatte das gleiche ein wenig unentwickelte Gesicht mit den grossen, träumenden Augen, und seine Gestalt wirkte jetzt, da er ein Mann geworden war, noch verwachsener denn zuvor. Er erkannte mich nicht gleich. Als ich ihm dann aber diese und jene Episode aus der Schulzeit erzählte, dämmerte es in ihm, und er bat mich in seinen Wagen.

"Ja - siehst Du," begann er, "zuerst ging ich zur Bühne, aber ich eignete mich nicht fürs Theater. Sollte ich ernste Rollen spielen, so lachten die Leute und glaubten, dass das der Zweck meiner Bemühungen sei... ich hatte ja auch mein Aussehen gegen mich... hätte ich wirklich Bühnentalent, dann hätte ich wohl auch das Aussehen danach... ich verliess das Theater und ging zum Zirkus... und befinde mich wohl dabei." Er schwieg einen Augenblick und fuhr dann wie im Selbstgespräch fort: "Ich erinnere mich sehr gut, wie Ihr mich in der Schule gezwungen habt, Clown zu spielen... das war zu Anfang, als ich entdeckte, dass ich mich Euren Prügeln entziehen konnte, indem ich Komödie spielte. Später fuhr ich mit der Theaterei fort... aus dem gleichen Grunde übrigens... jetzt kann und muss ich lächerlich sein... und je mehr ich mich bemühe, es zu sein, umso besser. Manchmal, wenn ich die Gesichter des Publikums sehe und das schallende Gelächter der Leute höre, weil man sich köstlich über den Clown amüsiert, der unmotiviert hinfällt und sich stösst, ist es mir, als sähe ich meine Schulkameraden vor mir... als stände ich oben auf den Steinstufen der Treppe, zitternd, angst und bange vor Euren Prügeln... und dann - dann hasse ich... aber umso besser gaukle ich..."

Sein Gesicht war während dieser Rede wie verschlossen. Nur einmal blickte er mich an - und da musste ich unwillkürlich die Augen niederschlagen.

Bevor ich ging, fragte er mich, ob ich nicht die Abendvorstellung besuchen wollte. Ich versprach's - kam aber nicht - aus Feigheit - und am nächsten Morgen war der Marktplatz leer. Nur ein Haufen Sägespäne war übrig geblieben, in dem eine Schar Schuljungen begeistert herumstöberte....

(Aus dem Dänischen von Ml. Henniger.)

Fahrt durch den Hochbalkan.

Von unserem Balkankorrespondenten.

I.

SPD. Wir hatten uns die Sache ganz einfach vorgestellt: in aller Herrgottsfrüh' verliess man Saloniki, erreichte zum ersten Frühstück das alte Sidirocastron, die Türkenfestung, wollte Mittags bei Koula an den griechisch-bulgarischen Grenzpfählen sein, den Griechenwagen verabschieden, über die wacklige Holzbrücke des Grnezflusses Strouma nach Petritsch pilgern und dort ein von der Präfektur bereitgestelltes Auto besteigen, um gegen Abend in Sofia zu sein. Also eine Reise quer über den Hochbalkan und auf einer völlig unbefahrenen Strecke, da der Reisende allgemein heute in Anbetracht der schier unüberwindlichen Balkanketten zwei Tagereisen braucht, um entweder über Üsküb-Nisch oder gar über die türkische Stadt Adrianopel nach Sofia zu kommen.

In dem schmutzigen Hotel in Saloniki klappt alles programmässig. Die Wanzen lassen den Gast nicht zur Ruhe kommen und sorgen dafür, dass er noch vor Ertönen des Weckers mit einem Laut der Erlösung das steinharte Bett verlässt. Koffer und Fressalien sind bald im wartenden Auto verstaubt. Die Hotelrechnung stösst auf Schwierigkeiten; zwei Tage figurieren "versehentlich" zu viel in der Summe, und erst ein Polizist muss gegen guten Bakschisch reinen Tisch schaffen. Dann aber geht's mit vollen Zylindern in den jungen Morgen, durch Orte und Steinwüsten, über unmögliche Strassen, die bald Wege, Pfade und schliesslich Weiden und Sümpfe werden, beschwerlich zu befahren und ständig bedroht, bis zur Achse einzusacken. Doch der Fahrer weiss Bescheid, und nicht einmal Griechenstrassen, die zu den grössten Unikums von Wegebauten gehören, die die weite Welt besitzt, können ihn aus der Ruhe bringen. Uns schmerzt zwar bereits im Anfangsstadium unserer Fahrt das Gesäss, und die Koffer zu unseren Füssen beginnen einen wilden Reigen. An Herden geht der Weg vorbei, deren Ziegen und Schafe scheinbar Steine fressen; Hirtenhunde geraten aus dem Häuschen und machen Miene, gleich wilden Bestien in den Wagen zu springen; Bauern werfen uns in trauter Gastfreundschaft Steine nach, und ein Rudel Griechenstrolche, scheinbar auf der Hasenjagd begriffen, beehrt uns mit einigen wohlgezielten Schrotsalven, deutlich im Lack der Seitenwände eingraviert. Die bläulich schimmernden Bergesketten im Norden, auf die wir zu halten, nehmen immer gigantischere Formen an. Schnee liegt auf den Rücken, und magerer Baumbestand erklimmt die Riesen auf wenige hundert Meter, um dann dem Knieholz, Wurzelwerk und schliesslich dem schimmernden Fels das Monopol zu überlassen. Dabei trotz sengender Sonne eine frische Brise, südlich das unendliche Blau des östlichen Mittelmeeres. Der Boden ein endloser Lava-Stein, ein Fresser von Sohlen und Pneumatiks. Das Steuer pendelt scheinbar ziellos und pirscht sich dennoch in Bogen, Serpentinaen und in Zacken den Türmen Sidirocastros zu, dem Markte mazedonischer Tabake und dem Scheitelpunkte der Bahnlinie Saloniki-Alexandropel-Konstantinopel, in die hier einmal in ferner Zukunft die Eisenbahn von Sofia-Petritsch-Hochbalkan einmünden soll.

Kurze Rast auf dem sauberen Marktplatz dieser rein bulgarisch-türkischen Stadt, zu der so garnicht die griechischen Firmenschilder passen wollen. Ein

wüsten Sprachengewirr mit Lauten aus bulgarischen, türkischen, armenischen, jiddischen, russischen und auch griechischen Kehlen, ein Durcheinander ob des Besuches, ein misstrauisches Beäugeln durch einheimische Zöllner, Gendarmen, ein neugieriges Fragen: woher und wohin, ein wichtigtueriesches Prüfen der Pässe, die diese Fastnachtsgestalten ja doch nicht lesen können, Errichtung der Lokalsteuer von 100 Drachmen - zuerst sollten es gar ihrer dreihundert sein! - und endlich erleichtertes Abfahren aus diesem Räuberneste des Mittelalters.

Während bisher die Tour nur die Gesässflächen und die Autoreifen in Mitleidenschaft zög, wird nach dem Verlassen der Ebene und dem Einbiegen des Gefährts in das schmale Flusstal der Strouma die Strecke mulmig. Immer enger und enger das Tal, der Knüppelpfad immer schmaler, die Bergeskette immer höher und schwärzer. Die Maschine stöhnt, der Chauffeur umklammert verzweifelt den Volant, Ruck auf Ruck in den Achsen, ein Schleudern der Hinterachse und der Räder, dazu links ein metertiefer Steilabhang, der direkt in die wütende Gischt des Flusses reißt. Rechts die Felswand. Immer schmaler, immer unheimlicher, mit scharfen Kurven und beträchtlicher Steigung. Manchmal eine Verbreiterung, wenn aus linken Seitentälern sich Sturzbäche der Strouma zuwinden und unter wackligen Holzbrücken zu Tal fahren. Teile eines Feldbahngleises, je näher man nach der griechisch-bulgarischen Grenze kommt, im Weltkrieg von den Bulgaren angelegt, um Munition in die Mäuler schwerer Kaliber heranzuschaffen, die ihrer Segen über das verhasste Griechenvolk ausspien. Erinnerungen aus der Herrschaft des Operettendiktators Pangalos, der von hier aus seinen Raubmarsch auf bulgarisches Gelände antrat und mitten im Frieden als neuer Napoleon sich Europa zu erobern gedachte. Ewig - ewig dünkt uns der Weg; der Mann am Steuer macht eine Pause, um die fiebernden Nerven für Minuten zu beruhigen und einen Schluck aus der Feldflasche zu tun. Wieder dampft der Kühler - piiiitsch - Panne! Für uns ein erwünschter Aufenthalt, um das Gelände in aller Ruhe zu betrachten. Gigantisches Gegenstück zu den Alpen, doch wuchtiger, klotziger, erdrückender! Keine lieblichen Auen, kein Sehnen nach der Verlassenheit der Gipfel, kein Zug, Eisen und Pickel in die Wände zu schlagen und sich an Seilen der Sonne entgegen zu schwingen.

Die Allgewalt der balkanischen Hochgebirgslandschaft engt das Denken ein, macht aus einem Sonnenkind einen Furchthasen. Die Berge drohen und erschüttern, in den Wäldern hausen Wölfe und Bären und in den Schluchten struppige Strolche mit Hinterladern und Komitadschis mit Handgranaten und Dolchen. Die Ziegen- und Schafherden sehen struppig aus, wilde Böcke fassen knurrig Posto, und der Schäfer mit Opanken und einem Gewand aus rohen Ziegenfellen, die Haare nach aussen gekehrt und die gegerbte Haut auf dem blossen Körper, um die Waden Wickelgamaschen aus Büffelleder, flüchtet vor der gezückten Kamera und ist nur nach heftigem Einreden und Erhalt eines guten Bakschichs dazu zu bewegen, vor der Linse still zu halten. Naive Frage, was das für ein Wunderkasten ist, und Anruf Allahs, als man ihm bedeutet, dass die "Maschine" sein Bild mache. Als der Motor anläuft und die Benzinkarre leicht erschüttert, erfasst die ganze Herde ein derartiges Grauen, dass etliche Ziegen in Todesangst in den Abgrund springen und verzweifelt mit den Wellen kämpfen. Und da der gute Hirte ein böser Hirte war, verdattert von der schwarzen Maschine, die Bilder von ihm macht, lässt er die Tierchen Wasser schlucken und schickt die Hunde in die Strouma, die ein jedes am Wickel packen und scheinbar lebend ans Ufer bringen. Immer weiter, weiter blieb die Herde zurück, und nur durchs Fernglas sahen wir ihren Hirten, sinnend auf den Hirtenstock gestützt, nachdenkend über die Maschine, die Bilder macht! (Schluss folgt.)

Fussballspiel in früheren Jahrhunderten.^x

SPD. Vielfach wird das Fussballspiel als moderner Sport bezeichnet. In Wirklichkeit jedoch geht seine Geschichte bis ins klassische Altertum zurück. Bei den alten Römern war das Harpastum bekannt, ein Massenspiel, bei dem nach dem römischen Dichter Martial ungeheure Staubmengen aufgewirbelt wurden. Wie der Sportschriftsteller Koch berichtet, wurden bei diesem Kampfe mit dem Ball nicht nur die Hände, sondern auch die Füße gebraucht, wobei die Jünglinge sich im heissesten Sonnenbrande und im glühenden Staube Stössen und Fusstritten aussetzten und sogar blutige Verletzungen nicht scheuten.

Aus dem Mittelalter bekommen wir erst in verhältnismässig später Zeit Nachricht über das Fussballspiel. Die älteste Erwähnung des Spiels mit seinem heutigen Namen "Fussball" geschieht im Jahre 1349. Eduard III. von England erliess in diesem Jahre eine Verfügung gegen das Spiel, das unnütz sei, weil es die Bürger davon abhalte, sich der für die Kriegstüchtigkeit so wichtigen Kunst des Bogenschiessens zu widmen. Etwas unwahrscheinlich dünkt uns die Angabe, dass in Derby ein Fussballwettbewerb, das stets am gleichen Tage stattgefunden habe, schon im dritten Jahrhundert nach Christi Geburt dort gespielt und ursprünglich als Feier eines Sieges der Britannier über die Römer eingeführt worden sei.

In Frankreich, in der Picardie, war bei den Landleuten ein Spiel beliebt, bei dem ein Ball mit den Füßen fortgestossen wurde. In einer Chronik wird aus dem Jahre 1137 gemeldet, dass bei diesem Spiel ein Knabe durch Fusstritte ums Leben gekommen sei. Während beim antiken Harpastum stets ein kleiner Fussball gebraucht wurde, geht aus dieser Chronikstelle hervor, dass es sich um einen dicken Ball handelte, wie er unserem heutigen Fussball entspricht. Der Ball bestand aus einer aufgeblasenen Schweins- oder Ochsenblase, die in eine Hülle von Rindsleder eingenäht wurde.

In Deutschland waren Ballspiele im ganzen Mittelalter sehr beliebt; sogar Walter von der Vogelweide spricht in seinen Gedichten davon. Ob unter den verschiedenen damals üblichen Spielen, meint Koch ("Die Geschichte des Fussballs im Altertum und in der Neuzeit"), auch das Fussballspiel betrieben wurde, können wir nicht sicher behaupten, dürfen es aber annehmen. Wenigstens wird in einem Liede, das sich in der von Hagen herausgegebenen Sammlung deutscher Minnesängerhandschriften des 12., 13. und 14. Jahrhunderts findet, ein Kampfspiel um eine Blase erwähnt. Ein anderer Autor bemerkt dazu, dass auch sonst im Mittelalter mit einer solchen aufgeblasenen Schweinsblase gespielt wurde; dabei wird gesagt, dass die "bösen Knaben" sich beim Schlachten eines Schweines lieber die Blase schenken lassen als zwei Speckseiten, und dass sie beim Aufblasen dieser Blase um des "Gerümpels" willen Erbsen hineintun, ein Brauch, der auch in England üblich gewesen ist. Sogar die Mädchen sollen beim mittelalterlichen Fussballspiel mitgetan und sich dabei auch den Stössen der jungen Burschen ausgesetzt haben.

In Italien muss das Fussballspiel zur Zeit der Renaissance sehr populär gewesen sein, denn aus der damaligen Zeit stammt eine ausführliche Abhandlung darüber mit genauen Spielregeln. Dass übrigens Shakespeare das Fussballspiel wohl gekannt hat, geht aus der "Komödie der Irrungen" hervor, wo der hin und her gehetzte Dromio ausruft :

"Bin ich so rund für euch, wie ihr mit mir,
Dass wie den Fussball ihr mich treibt und stösst?
Der stösst mich her, der stösst mich wieder hin;
Soll ich da haltbar sein, näht mich in Leder!"

Unter der Herrschaft der Puritaner - Mitte des 17. Jahrhunderts - wurde das Fussballspiel in England verfemt, weil es, hauptsächlich am Sonntage gespielt, als Feiertagsentheiligung galt und geradezu als teuflisch bezeichnet wurde.

Das moderne Fussballspiel ging in England von den Schulen aus, wobei die verschiedenen Schulen voneinander abweichende Spielregeln hatten. Das Spiel in Eton leitet seinen Namen "Mauerspiel" davon her, dass es auf einem engen Spielfelde längs einer steinernen Mauer gespielt wurde. Ein eigenartiges Spiel war das von Harrow, wieder anders geartet das von Winchester, das am meisten dem italienischen Spiele ähnelte. Am bekanntesten ist das Spiel von Rugby, das unter dem Namen des gemischten Spiels oder des Fussballs mit Aufnahmen bald allgemein bekannt und beliebt wurde. Im Jahre 1873 wurden von der Rugby-Union die Regeln für das gemischte Spiel aufgestellt, die im wesentlichen den ursprünglichen Regeln eben dieser Schule entsprachen. Vom Mutterlande aus verbreitete sich das Spiel schnell über die Kolonien, nachedem es sich Schottland, Irland und Wales erobert hatte. In den Vereinigten Staaten bekam es dann manche Eigenheiten, die sich nicht gerade zur Nachahmung empfehlen. Seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts fand es auch in Deutschland in weiteren Kreisen Aufnahme.

Die Stammeltern der Bienen. X

SPD. Die Biene ist schon so lange zum fleissigen und getreuen Haustier des Menschen geworden, dass man überhaupt nicht mehr hoffen durfte, etwas von ihrer natürlichen Stammesgeschichte zu erfahren. Erst spät gelang es zwei deutschen Gelehrten, Fritz Müller und H. von Jhering, das Leben der beiden wilden sozialen Bienenarten zu beobachten, die Brasilien bewohnen und vielleicht die einzigen sind, die unabhängig vom Menschen noch nach uralten Gewohnheiten leben.

Es ist nun sehr interessant, zu vergleichen, was die menschliche Kultur mit ihren Bedürfnissen an den Instinkten und Wünschen der Tiere geändert hat. Drei grundlegende Dinge scheinen bei unseren Hausbienen und den brasilianischen Meliponen und Trigonen gleich zu sein: das Honigsammeln, der Nestbau und die hohe Kopfzahl eines Volkes. Aber auch hier sind bedeutsame Unterschiede. Zunächst sind besonders die Trigonen durch ihre Faulheit in ihrer Heimat geradezu sprichwörtlich. Sie stehen auch an den schönsten Tagen nicht vor 10 Uhr vormittags auf und mühen sich während ihrer Arbeitszeit auch nicht annähernd so sehr wie unsere kleinen geflügelten Freunde. Das ist sehr leicht zu verstehen, wenn man erfährt, dass auch die Brutpflege etwas ist, das sie mit der geringsten Anstrengung zu erledigen pflegen. Nicht nur, dass die ehrfurchtsvolle Verehrung und der grosse und anstrengende Hofdienst bei der Königin fehlt, der bei unseren Bienen beinahe schon einem Zeremoniell gleicht, und dass die arme Königin ohne weiteres in ihrem Winkel rücksichtslos gestossen und weggepufft wird, wenn sie einer beladenen Arbeiterin gerade im Wege zu sein sich erlaubt. Die Brasilianer kennen auch die verschiedenen Unterschiede nicht, die unseren Bienen beim Bau ihrer Kinderwiegen selbstverständlich sind. Anstatt dreierlei Zellen für Arbeiterinnen-, Drohnen- und Königinnenlarven zu bauen, deren Insassen durchaus verschiedenartig gepflegt werden, stellen die Trigonen und Meliponen nur eine einzige Art von Wiegen her, die fast bis oben mit Honig und Blütenstaub vollgefüllt, mit einem Ei belegt und dann sofort mit einem Deckel fest verschlossen werden. Von einer Pflege ist überhaupt keine Rede, und die junge Biene erscheint durchaus selbständig, nachdem sie sich völlig entwickelt und den Deckel durchgenagt hat. Man sieht also: das Familienleben dieser wilden Waldbienen vollzieht sich in einer unendlich viel primitiveren Art und Weise als bei unseren Hausbienen, zu denen sie etwa in einem Verhältnis stehen, wie vielleicht ein Südseeinsulaner zu einem europäischen Grosstädter.

Das gleiche Verhältnis lässt sich auch bei den Bauten der brasilianischen Bienen feststellen. Sie verlegen sie, wenn gerade kein geeigneter Baum aufzu-

finden ist, ohne weiteres in Gestrüpp oder Mauerlöcher, sogar drei bis vier Meter tief in die Erde, wo dann sehr sauber gehaltene und mit Wachs tapezierte Röhren angefügt werden. Bei allen oberirdischen Stöcken wird jedoch stets grosse Sorgfalt auf einen zuverlässigen Boden, eine feste Decke und sichere Wände angewendet, und die kleinen Baumeister lassen es sich nicht verdriessen, oft aus weiter Entfernung Lehm in ihren Höschchen herbeizutragen und aus ihm regelrechte Mauern aufzuführen, in deren Vorderseite dann nur ein oft durch ein meterlang vorstehendes Wachsflugrohr verlängerter Eingang ausgespart wird. Dieses Ausflugrohr wird übrigens gern durch eine Türe während der Nacht verschlossen und am Tage von einer strengen Wache behütet, die nicht nur fremden Bienen und sonstigen Insekten den Eintritt verwehrt, sondern auch zu gelegener Zeit die sich herauswagenden Drohnen einzeln hinauswirft, denn die Meliponen und Trigonen haben noch nicht die barbarische Sitte der Drohnenschlacht zum Staatsakt erhoben.

Diese sehr schönen und im Innern sinnvoll und mit guter Raumausnutzung eingerichteten Stöcke haben manchmal 80 000 bis 100 000 Bewohner mit fast ebenso vielen Zellen. Die Speiseräume enthalten richtige Vorratstöpfe aus Wachs die, mit Honig und Blumenstaub gefüllt, wie Fässer und Kisten nebeneinander aufgereiht sind. Sie erreichen etwa die Grösse eines Hühnereies, aber der ganze Stock besitzt nicht mehr als etwa 10 bis 15 Liter Honig. Daraus wird es verständlich, dass die Zucht dieser Bienen nicht als sehr rentabel gilt.

Vom Standpunkte der Naturerkenntnis aus sind die Meliponen und Trigonen ein selten klares Beispiel dafür, dass die Notwendigkeiten des Lebens den Eigenschaftskreis der Geschöpfe bestimmen, und dass es überall Veränderungen der Lebensgewohnheiten geben muss, wo die Umwelt infolge künstlicher oder natürlicher Ursachen eine andere ist oder wurde.

R. Francé.

SPD. Die photographierte Netzhaut.^x Auf dem Gebiete der Augenheilkunde ist in jüngster Zeit ein bedeutsamer Fortschritt zu verzeichnen. Man hat eine Kamera gebaut, mit der man den Hintergrund des Auges, also die sogenannte Netzhaut, auf besondere Weise photographieren kann. Die Aufnahmen erfolgen auf dem Wege durch das Sehloch oder die Pupille, und es ist gelungen, Bilder in natürlichen Farben zu gewinnen! Zu diesem Zwecke wird mit einem gelbroten und einem blaugrünen Filter gearbeitet, wobei die Farbentöne beim Augenhintergrunde gut zur Geltung gebracht werden. Mit sehr farbempfindlichen Platten lassen sich die Aufnahmen in etwa einer Zehntelsekunde bewerkstelligen.

SPD. Chaplin gegen den Tonfilm. Wie aus Erklärungen Charlie Chaplins hervorgeht, plant der grosse Filmkünstler gemeinsam mit vier oder fünf anderen massgebenden Schauspielern die Gründung einer Filmgesellschaft, die im Gegensatz zu der herrschenden Strömung nur stumme Filme herstellen wird. Die neue Gesellschaft, die den Namen Charlie Chaplin Picture Productions Inc., führt, wird 5 bis 10 Millionen Dollar pro Jahr für ihr Produktionsprogramm ausgeben. Chaplin unterstrich in einem Presseinterview, dass er niemals in einem Sprechfilm aufzutreten gedenkt und den stummen Film nach wie vor als Spitzenleistung der menschlichen Ausdrucksfähigkeiten betrachtet.

SPD. Lass dir Zeit!^x Pitsch rennt aufgeregt auf dem Bahnsteig hin und her. Pitsch schwitzt und schimpft. "Der Zug hat bereits anderthalb Stunden Verspätung", meckert er den Stationsvorsteher an. "Da brauchen Sie sich gar keine Kedanken driwwr zu machen", erwidert dieser mit Seelenruhe, "Ihr Billjäd kild bis iewermorchen."

Der Leuchtturm.

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin = Zehlendorf.

30)

SPD. Fouché wandte den Kopf ab, um seine Ungeduld zu verbergen, dann sagte er: "Ich kann nur wiederholen, dass ich mich nicht im geringsten um das Geschwätz der Leute hier kümmere. Immerhin haben wir geradezu verhängnisvolles Pech, das immer gegen uns ist und mich ein wenig erschreckt."

"So sagen Sie doch gleich, dass im Leuchtturm Gespenster umgehen und dass der Leuchtturm verflucht sei! Aber, mein lieber, armer Fouché, das ist Literatur, Kitsch.... Hat man vielleicht zufällig Gespenster gesehen?"

"Ich habe mich vielleicht nicht klar genug ausgedrückt", sagte Fouché mit beflissener Höflichkeit. "Nein, ich habe eine andere Empfindung. Ich betone, dass ich weder dem Okkultismus noch dem Spiritismus das Wort reden will... Aber ich frage mich, ob nicht etwas... ich weiss nicht... vielleicht kann man sagen: "Pech".... Ja, der Leuchtturm auf dem Teufelsfelsen ist dem Pech verfallen wie gewisse Wesen, die gar keinen Erfolg haben können. Warum? Häufig genug ereignen sich unerklärliche Dinge, nicht wahr? Ueberall ist die Wissenschaft von unbekanntem Dingen umgeben, die auch stärkere Geister als mich erschrecken. Wir leben im Kreise von Strömungen, deren Herkunft, Grösse und Gesetze wir nicht begreifen, während ihre Kundgebungen augenscheinlich sind. Ist unser Missgeschick wirklich nur ein einfacher Zufall? Mein Verstand sagt ja, und trotzdem... Es ist schwer, sich die Möglichkeit eines Zufalls in dieser Welt vorzustellen, wo alles aus einem Grunde herrührt und eine Wirkung vorbeireitet. An einem Zufall, an etwas Unbestimmtes im Weltall glauben, ist lediglich das Eingeständnis, dass wir seine Logik nicht begreifen können... Mich wenigstens erfüllt es mit Entsetzen, in diesem Augenblick eine Uneinigkeit zwischen meiner Erkenntnis und gewissen Umständen meines Lebens festzustellen. Ich fühle mich ohnmächtig, blind... Vor dieser plötzlichen Leere, vor diesem Abgrunde, der sich plötzlich unter meinen Füßen auftut, weiche ich etwas ängstlich zurück.... das ist alles."

Herr von Croixdalle hatte zugehört, indem er sich sorgfältig über seinen Bart strich. Er fühlte sehr gut, dass Fouché sich ihm nur deswegen eröffnet hätte, weil er sich selbst nicht mehr kräftig genug fühlte, um der Reihe von Schicksalsschlägen Widerstand zu leisten. Vielleicht hätte ihm irgendeine Ermutigung seine ganze Seelenstärke wiedergegeben. Aber der Chefingenieur lehnte ein gefühlsmässiges Verfahren ab. Fouchés Zustand, so dachte er sich, komme von seinem einsamen Leben in Brest, von jener tödlichen Langeweile, die alle Pariser fern der Heimat empfinden. Und worauf wollte er eigentlich hinaus?

Und so hielt er ihm in ziemlich pomphaftem Tone folgende kleine Rede: "Wirklich, mein Lieber, ich versteht nicht, dass ein Mann, der Ihre Urteilsfähigkeit besitzt, dass ein Beamter in Ihrer Stellung seinen Charakter und seinen Ruf durch eine solche Verirrung kompromittiert. Ich bitte Sie auf das dringendste, diese Fragen nicht mehr zu erörtern."

Fouché fühlte sich verletzt, durch seine eigene Schwäche gedemütigt und gekränkt, weil man seine Befürchtungen nicht ernst genommen hatte. Er erwiderte nichts und verabschiedete sich.

Drei Tage später erhielt Etienne Kerroch gleichzeitig mit seiner Ernennung zum Leuchtturmwächter auf dem Teufelsfelsen den Befehl, seinen Dienst unverzüglich anzutreten.

Georges Thuliers Nachfolger war allen Zollbeamten der Küste als ein Burleske bekannt, der für alles zu haben war. Er war sogar des Schmuggels, und der Strandgutberaubung verdächtigt. Man traf ihn am Strande mit einem Gewehr über der Schulter. Er gab sich für einen Jäger aus, und seine Geschicklichkeit beim

Schiessen von Meervögeln schien seiner Behauptung recht zu geben. Aber alle wussten, dass die Weintonnen, die Kisten und die Waren schiffsbrüchiger Schiffe sein Lieblingsziel waren.

Aber die Küste wurde wohl sorgfältiger überwacht, und es geschahen weniger Schiffsbrüche. Jedenfalls hatte Kerroch, der Abenteuer müde, sich um eine öffentliche Anstellung beworben.

Sein Kollege im Leuchtturm war Joseph Le Moal, der Houarz am Ende des vorigen Jahres abgelöst hatte.

Le Moal, ein rauher und ruhiger Bauer, nahm den starken Burschen, dessen Redensarten ihn erschreckten, ziemlich misstrauisch auf. Aber die Einsamkeit söhnt häufig gegensätzliche Charaktere miteinander aus. In diesem Falle geschah es besonders schnell, denn es stürmte gewaltig, und die Feindseligkeit der Natur trug dazu bei, die beiden Menschen einander näherzubringen.

Ein ununterbrochenes Grollen erfüllte den Turm. Das Zittern verrückte die Möbel und liess das Quecksilber im Thermometer hüpfen. Sobald man ein Fenster öffnete, wurde man in einen betäubenden Wirbel gezogen. Draussen rauschte das Meer. Es schien, weiss von Schaum, eine Steppe in Krämpfen. Der Schaum spritzte in Flocken von den Wellenbergen hoch, und die Wellen waren so hoch, dass der Leuchtturm sie zerschnitt wie der Kiel eines Schiffes. Hinter den Glasscheiben der Laterne beobachteten Kerroch und Le Moal, obwohl sie an Stürme gewöhnt waren, die verschiedenen Arten der anstürmenden Wogen: manche waren riesenhaft, aber harmlos; andere wurden von einer unerwarteten zweiten Welle verstärkt und brachen in doppeltem Katarakte nieder; andere wieder waren zu ungeduldig und gingen auseinander, bevor sie den Teufelsfelsen erreicht hatten, so dass nur ein hilfloser Gischt von weissen Wirbeln gegen den Turm spritzte. Von der Terrasse aus war dieser Anblick schwindelerregend. Der Leuchtturm schien sich zu heben und zu senken, je nachdem das Wasser die Basis bedeckte oder freigab.

Eines Morgens beobachteten Le Moal und Kerroch das Wetter.

"Ich glaube, wenn die Flut zurückgeht, wird es heute ruhiger werden. Heute nacht kam der Wind erst aus Südwesten, dann hat er nach Südosten gedreht...."

"Das will nichts sagen", unterbrach ihn Kerroch, "sieh mal, wie das da hinten zusammenhaut!", und er zeigte auf eine Brandungswelle, die über fünf- und zwanzig Meter hoch war.

Aber der andere erwiderte: "Ach, gib doch mal das Glas her!... Teufel!" rief er, nachdem er das Fernrohr ans Auge gesetzt hatte, "da ist ein Schiff in Seenot!... Die werden am Felsen zerschmettert werden... Was ist denn das? Ich glaube, eine Jacht.... Bei dem Winde wird das Schiff nicht durchkommen und die Stösse nicht aushalten...."

Es war eine schöne Jacht von vielleicht fünfundzwanzig Tonnen. Sie versuchte nach der Landseite zu lavigieren. Aber jeden Augenblick wurde sie von wütenden Böen abgetrieben. Alle Segel hatten hintereinander daran glauben müssen. Am Grossmast sah man noch einige Fetzen Leinwand, die der beständige Wind starr machte wie Metall. Mit einem zum Zerreißen gespannten armseligen Focksegel versuchte die arme Besatzung sich zu verteidigen. Jetzt raste sie von Sturmböen getrieben, dahin....

Plötzlich blieb die Jacht stehen. Langsam, aber beständig legte sie sich auf die Seite... und jetzt wurde sie von einer Welle zum Kentern gebracht.

Ohnmächtig wurden die beiden Männer Zeugen dieses Unglücks. Die Jacht war zu weit entfernt, um ihr Hilfe zu bringen. Was hätten sie auch bei diesem Seegang tun können?

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag

150. Sitzung vom 27. März 1930.

SPD. Die zweite Beratung des Nachtragsetats für 1929 wird fortgesetzt. Beim Haushalt des Reichsarbeitsministeriums führt

Abg. Schroeder-Merseburg (Komm.) aus: Eine weitere Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung, wie sie die Sozialdemokraten verlange, würde allein die Arbeiterschaft treffen, denn auch der Unternehmerbeitrag werde durch Lohnabbau auf die Arbeiter abgewälzt.

Reichsarbeitsminister Wissell erwidert auf Fragen des Vorredners, dass den Trägern der Invalidenversicherung alle Beträge zugewiesen seien, die ihnen nach den gesetzlichen Bestimmungen zukommen.

Der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums wird nach Ablehnung von anderen Änderungsanträgen mit der von den Sozialdemokraten beantragten Änderung angenommen, dass die einmaligen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung um 40 Millionen auf 262,5 Millionen erhöht werden. In zweiter Beratung werden dann auch die Nachträge zu den übrigen Etats angenommen.

In der dann folgenden dritten Beratung des Nachtrags=Etats für das Reichsinnenministerium wendet sich

Abg. Dr. Spahn (Dn.) gegen die Ausführungen des Reichsinnenministers Severing vom Mittwoch. Im Gegensatz zu der heutigen Staatsform habe die frühere dem leitenden Staatsmann das verfassungsmässige Recht gegeben, Einfluss auf die Presse zu üben, um über die Parteien hinweg zum Volke zu sprechen. Heute bestehe nur eine Regierung von Parteigruppen. Der Rundfunk diene jetzt nicht der deutschen Kultur, sondern dem Kulturbolschewismus.

Der Nachtragsetat des Reichsinnenministeriums wird bewilligt. - Beim Nachtragsetat des Reichswirtschaftsministeriums begründet Abg. Dr. Külz (Dem.) einen Antrag, die im Ausschuss gestrichenen 400 000 Mark zur Auslandspropaganda für die Leipziger Messe doch zu bewilligen. Dieser Antrag wird im Hammelsprung mit 190 gegen 129 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Nachtragsetat wird angenommen, ebenso der Nachtragsetat für die Kriegslasten. Hierzu wird eine Ausschussentschliessung angenommen, in der weitere Mittel verlangt werden zur Unterstützung der durch die Abtrennung des Saargebietes in ihrem Absatz geschädigten Gemeinden.

Dann werden auch die übrigen Nachtragsetats in dritter Beratung mit dem Etatsgesetz angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Schankstättengesetzes, das im Ausschuss die Bezeichnung "Gaststättengesetz" erhalten hat:

Abg. Sollmann (Soz.):

Der Reichstag hat selten ein Gesetz bearbeitet, das die Phantasie von Millionen Menschen so stark beschäftigte, wie dieses. Vielen Freunden des Alkohols hat es Angstträume verursacht. Das amerikanische Gespenst der Trockenlegung geisterte durch die deutsche Alkoholindustrie und die deutschen Gaststätten. Dabei hat dieses Gesetz mit der Trockenlegung nicht das geringste zu tun. Es bleibt sogar weit hinter dem Entwurf vom Jahre 1922 zurück, das das Gemeindebestimmungsrecht und die Bevorzugung gemeinnütziger Vereine bei der Konzessionserteilung enthielt. Die Sozialdemokratie hat darauf verzichtet, diese Verbesserung jetzt zu beantragen, weil bei dem ablehnenden Verhalten aller bürgerlichen Parteien solche Anträge ganz aussichtslos sind. Das vorliegende Gesetz bestätigt im wesentlichen nur den bestehenden Rechtszustand, wie er durch das Notgesetz vom Jahre 1923 geschaffen wurde. Die Erteilung einer Konzession wird von dem Nachweis eines Bedürfnisses abhängig gemacht. Was aber ein Bedürfnis ist, wird gerade auf den alkoholischen Gebieten immer sehr umstritten sein. Wirte und Abstinente behaupten übereinstimmend, dass die Bedürfnisprü-

fung ganz willkürlich gehandhabt würde. Darum haben wir versucht, den Begriff des Bedürfnisses durch die sogenannte Relation zu bestimmen; durchschnittlich eine Gaststätte auf 400 Einwohner. Auch darüber ist der grösste Unsinn verbreitet worden. Man behauptete, 110 000 Gaststätten sollten geschlossen werden. In Wirklichkeit waren alle erdenklichen Ausnahmen für Ausflugsorte, für Kurorte, für Grosstädte usw. vorgesehen. Da die grosse Mehrheit der bürgerlichen Parteien für die Relation nicht zu haben war, haben wir das Ziel nicht weiter verfolgt. Wahrscheinlich wird die Ablehnung der Relations zur Folge haben, dass in absehbarer Zeit die Agitation für das Gemeindebestimmungsrecht wieder in den Vordergrund tritt. Nach den bisherigen Beschlüssen unterliegen auch die alkoholfreien Gaststätten dem Bedürfnisnachweis. Das widerspricht dem Geist des Gesetzes, das den Alkoholismus eindämmen will. Tatsächlich machen manche Konzessionsbehörden der Gründung von alkoholfreien Gaststätten grosse Schwierigkeiten, sogar der Errichtung von alkoholfreien Kantinen. Deshalb beantragen wir, die alkoholfreien Gaststätten von dem Bedürfnisnachweis auszunehmen. Den Alkoholgewerben, die mit dem Gesetz sehr unzufrieden sind, sagen wir, dass es in Deutschland 390.000 registrierte Trunksüchtige gibt. Die Trinkerfürsorge einer einzigen Industriestadt, Bochum, betreut 2.252 Trinker. An solchen Zuständen, die auch eine starke Wohlfahrtsbelastung in sich schliessen, kann die Gesetzgebung nicht achtlos vorübergehen. Dieser Erkenntnis dürfen sich auch die Alkoholgewerbe und die Wirte nicht verschliessen. Den scharfen Kritikern aus der Alkoholgegnerbewegung ist zu sagen, dass der Reichstag nicht durch Gesetze allgemeine Mässigkeit oder gar Nüchternheit erzwingen kann. Auch als Abstinente würde ich niemals eine Gesetzgebung verantworten, die gegen den Widerstand der allgemeinen Volkssitten nicht durchzuführen ist. Wenn einmal im Deutschen Reichstage statt einem Dutzend Alkoholgegnern 100 oder 200 sitzen, wird die Gesetzgebung gewiss anders aussehen, aber dann wird sie auch von einer anderen Volksstimmung und von anderen Volkssitten getragen werden. Im Ausschuss ist auch von unseren politischen Gegnern anerkannt worden, dass die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie viel zur Eindämmung der Alkoholflut getan haben. In dieser Arbeit werden wir fortfahren.

Das Wichtigste bleibt die Hebung der gesamten materiellen, geistigen und sittlichen Lebenshaltung der Massen. Wenn behauptet wird, wir diskreditieren durch Gesetzesbestimmungen, die ein Branntweinverbot an Lohntagen und eine Unterbindung des Branntweinausschanks auf Kredit herbeiführen wollen, die deutsche Arbeiterklasse, so ist das falsch gesehen. Wir handeln nur sozialistisch. Sozialistisches Kulturgefühl ist nicht denkbar, ohne Solidarität. Wir fühlen uns auch mit den Klassengenossen verbunden, die zu schwach sind, selbst den Versuchsungen unserer Trinksitten zu widerstehen, und diesen Opfern und ihren Frauen und Kindern wollen wir helfen, soweit es möglich ist. Als dem Preussischen Minister des Innern, Severing, einmal von Wirten die Verlängerung der Polizeistunde nahegelegt wurde, lehnte er es ab mit der prächtigen Begründung: "Wenn ich durch meine Massnahme nur einen meiner Klassengenossen von der Trunksucht bewahre, bin ich zufrieden." Das war das Wort eines echten Sozialisten. Aus diesem Geiste betrachten wir auch dies Gesetz, so unvollkommen es noch ist. Aus der Verantwortung für die Opfer des Alkoholismus arbeiten wir an der Lösung der Alkoholfrage mit als einem wichtigen Teilgebiet sozialer Kulturpolitik und sozialistischen Aufbauwillens. (Beifall links und in der Mitte)

Abg. Mumm (Chrsoz.) tritt für das Gesetz und seine schleunige Erledigung ein: Die Alkoholausgaben im Reich steigen andauernd. Das müssen wir bekämpfen, auch im Interesse einer Revisionsmöglichkeit des Youngplans. Gegen die Meinung der meisten Polizeipräsidenten hat der sozialdemokratische Preussische Innenminister die Sperrstunde auf 5 Uhr morgens hinausgeschoben. Denken Sie an die verhärmten Frauen! (Rufe der Komm.: Denken Sie bei den Zöllen daran!)

Abg. Hampe (Dnat.): Eine eigentliche Gefahr des Alkoholmissbrauchs besteht in Deutschland nicht. Wo der Bierverbrauch ansteigt, ist starker Wein- und Schnapsverbrauch nicht vorhanden. Wünscht man eine weitere Verminderung des Alkoholverbrauchs, so muss man bei den Gästen einsetzen, und nicht beim Gastwirt. Die Gäste können nur durch Erziehung, nicht durch Zwang aufgeklärt und geschützt werden. Der Verbrauch alkoholfreier Getränke steigt fortwährend. Der Gastwirt passt sich den Wünschen seiner Gäste an. Es ist falsch, einen höchst angesehenen Stand durch Bestimmungen zu bedrücken, die nur als Sondergesetzgebung aufgefasst werden können.

Gegen 19 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag 15 Uhr vertagt.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 27. März (Eig. Ber.)

Im Preussischen Landtag teilte bei Eröffnung der Donnerstagssitzung Präsident Bartels dem Hause mit, dass Abg. Grzesinski (Soz.) um Verlängerung seines Krankheitsurlaubs nachgesucht hat. Der Landtag verlängerte den Urlaub um 6 Wochen.

In der gemeinsamen Besprechung über die Anträge des Geschäftsausschusses für eine Reihe von kommunistischen Abgeordneten, die Immunität zum Zwecke der Strafverfolgung aufzuheben, erklärt

Abg. Obuch (Komm.), dass früher in keinem Falle bei angeblichen Straftaten von Abgeordneten ähnlich verfahren sei wie jetzt. Es handele sich um ein einseitiges Vorgehen, um ein Ausnahmerecht gegen kommunistische Abgeordnete, denen man das Recht der Agitation nehmen wolle. Die Abstimmungen über die Anträge finden Freitag statt.

Das Haus setzt dann die zweite Lesung des Haushalts der Justizverwaltung fort.

Abg. Eichhoff (DVP.) setzt sich für die Erhöhung der Altersgrenze der Richter von 65 auf 68 Jahre ein. Man könne den Richtern nicht verweigern, was auf einen Zentrumsantrag hin den Hochschullehrern zugestanden sei. Das Ministerium habe zweifellos das Recht, Zeitungen, die in unzulässiger Weise die Regierung angreifen, durch die erfolgte Bekanntmachungssperre vom amtlichen Anzeigengeschäft auszuschliessen. Darunter dürften aber keine Bekanntmachungen fallen, die von Richtern oder Gerichtsvollziehern ausgehen, wenn diese vom Publikum bezahlt werden. Der grösste Teil der Richter steht loyal hinter dem jetzigen Staat. Die Personalpolitik des Ministers habe in der Richterschaft grosses Misstrauen ausgelöst. Zweifellos sei in der Personalpolitik eine Bevorzugung von Katholiken und eine gleichzeitige Zurücksetzung der Protestanten festzustellen.

Justizminister Dr. Schmidt.

weist die Behauptung des Vorredners zurück, dass der grösste Teil der Richterschaft zu der Personalpolitik des Ministeriums kein Vertrauen habe. Erst durch Behauptungen, wie sie der Abg. Eichhoff aufgestellt habe, würde in der Richterschaft Misstrauen ausgesät und gefördert. Er habe bereits im Ausschuss dargestellt, dass sich die Mitteilungen Eichhoff's auf haltlose Behauptungen stützten. Die Personalpolitik werde von ihm nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten betrieben. (Widerspruch rechts) Es sei ein Unfug, bei der grossen Zahl von Anwärtern und der sehr beschränkten Zahl von Stellen von einem Anspruch auf Beförderung zu sprechen, weil damit in jedem Beamten, der nicht befördert werden könne, das Gefühl geweckt werde, er sei übergangen worden.

Der Minister geht dann auf die Ausführungen der verschiedenen Redner ein. Die Unterbringung des Berliner Arbeitsgerichts in angemessenen Räumen sei auch sein sehnlichster Wunsch und es sei dafür das ehemalige Kriegsministerium in der Wilhelmstrasse in Aussicht genommen. Die Urteile, die vom Abg. Brückner (Soz.) kritisiert worden seien, würden nachgeprüft werden. Für den zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilten Arbeiter, der seinen Vater erschlagen hat, könne er leider wegen der besonderen Rohheit bei der Tat keine Begnadigung in Aussicht stellen. Gegen den Vorwurf, dass er bei Beförderungen Katholiken bevorzuge, müsse er protestieren; er habe lediglich die Parität der Konfessionen gewahrt. Der Vorschlag, die Strafvollzugsämter wieder zu beseitigen, habe ihn durch die in ihm liegende Kühnheit überrascht. Abg. Obuch (Komm.) brauche sich nicht zu wundern, wenn gegen Mitglieder des R.F.B. Strafverfolgungen eingeleitet werden,

wenn die kommunistische Presse, die Verteidiger und im Parlament die Abgeordneten immer wieder behaupteten, dass diese Organisation weiter bestehe und sich nicht verbieten lasse. Die von der Staatsanwaltschaft und dem Verteidiger des Fahlbusch verlangte Abtrennung des Verfahrens von dem Verfahren gegen den Oberleutnant a.D. Schulz sei vom Gericht abgelehnt worden. Ueber einen neuen Antrag müsse noch entschieden werden. Eine Heraufsetzung der Altersgrenze der Richter könne er nicht empfehlen.

Abg. Grzimek (Dem.) ist verwundert, dass der Abgeordnete Eichhoff seine Front einseitig gegen das Justizministerium genommen hat. Er habe völlig den Ausgangspunkt vergessen: das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Justiz. Die Parität der Konfessionen müsse in grossen Zügen gewahrt werden, doch sei entscheidend die fachliche Tüchtigkeit. - Der Redner begrüsst die Reformbestrebungen des Ministers.

Abg. Hestermann (Wt.Pt.) erklärt, dass die steigenden Zuschüsse für die Justizverwaltung ein Beweis dafür seien, wie unglücklich sich die letzte Besoldungsreform ausgewirkt habe. Leider sei ein Antrag der Wirtschaftspartei, über 10 % der Ausgaben zu streichen, nicht angenommen worden. Die kleine Justizreform sei zu begrüßen. Die Politisierung der Justiz dürfe so nicht weiter gehen. Es sei unmöglich, dass sich die Justizpressestellen zu politischen Kontrollorganen ausbilden.

Abg. Freiherr von Wangenheim (Dt.Hann.) kritisiert die Reformbestrebungen des Ministers und ist der Ansicht, dass sich die Heraufsetzung der Altersgrenze für Richter günstig auswirken würde. Der Zurücksetzung politisch unbequemer Zeitungen bei Anzeigen über Zwangsversteigerungen könne er nicht zustimmen. Bei der Personalpolitik könne man nicht die Besetzung der Stellen von der konfessionellen Zugehörigkeit abhängig machen.

Abg. Kaufmann-Elberfeld (Nat.Soz.) trägt eine Reihe von Einzelfällen vor, aus denen hervorgehen soll, dass die Justiz einseitig gegen die Nationalsozialisten eingestellt sei. Das Republikschutzgesetz wirke sich schlimmer aus als das frühere Sozialistengesetz. - Die heutigen Richter seien nichts als Knechte zur Erzwingung des Tributplans.

Abg. Kuttner (Soz.):

Ich überlasse es den zahlreichen Richtern, die Herrn Kaufmann politisch nahe stehen, sich wegen dieser Beschimpfung des Richterstandes mit Herrn Kaufmann auseinanderzusetzen. (Sehr gut!) Der Herr Justizminister hat mit etwas zuviel Zufriedenheit von dem bisher Erreichten gesprochen. Mag das konfessionelle Unrecht ausgeglichen sein, - die ungeheure Zurücksetzung der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie unter dem alten System ist bei weitem noch nicht wett gemacht. 30 % Arbeiterschöffen sind gewiss ein erheblicher Fortschritt gegenüber früher; aber die Arbeiter machen nicht 30 %, sondern weit über 50 % der Gesamtbevölkerung aus. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Kommunist Obuch hat hier gegen den Youngplan gewettert. Aber als unabhängiger Sozialdemokrat ist Obuch seinerzeit dauernd für Verständigungspolitik eingetreten. Am 27. Januar 1923, unmittelbar nach dem Ruhreinfalle Poincarés hat der damalige unabhängige Abg. Obuch verlangt, dass sofort die Fäden der Verhandlung wieder angeknüpft würden. (Hört! Hört!) Es hat also niemand eifriger als Herr Obuch verlangt, dass der Weg beschritten werde, der jetzt zum Youngplan geführt hat. Der deutschnationale Abg. Lüdicke darf den Rekord buchen, die bisher reaktionärste Rede in diesem Haus zum Justizetat gehalten zu haben. Er hat gesprochen gegen Humanität im Strafvollzug, gegen Gefängnisneubauten, gegen Bewährungsfrist, gegen Strafvollzugsämter, aber für Todesstrafe und für Straffreiheit der studentischen Mensur. Zustimmung kann ich Herrn Lüdicke nur in einem Punkt: in seiner Kritik an der Ernennung von Notaren. Das hier Fehler begangen werden, zeigt der Fall des Rechtsanwalt Lange, der bei der Raiffeisenbank als Leiter der Kreditabtei-

lung durch unerhörten Leichtsinns 10 Millionen an Uralzeff verschleuderte, und dann nach seinem Hinauswurf zum preussischen Notar befördert wurde. Herr Lüdicke kennt den Fall, denn Herr Lange war sein Sozios, ehe er durch Herrn Lüdicke zur Raiffeisenbank empfohlen wurde. Der volksparteiliche Abgeordnete Eichhoff hat die bedenkliche Methode angewandt, Stimmen Missvergnügter über die Personalpolitik des Justizministers von dieser Tribüne weiter zu verbreiten. Herr Eichhoff sollte sich vorsehen. Missvergnügte könnten auch daran Anstoss nehmen, dass im Justizministerium ein Oberjustizrat jüngst zum Ministerialrat befördert worden ist, der ein prominentes Mitglied der Deutschen Volkspartei zum Vater hat. Der Herr ist natürlich nur wegen seiner Tüchtigkeit befördert worden aber der Fall sollte Herrn Eichhoff zeigen, wie vorsichtig man bei der Weiterverbreitung von Gerede sein soll, das auch ihm selber als Landgerichtspräsidenten einmal sehr unangenehm werden könnte. Nun haben die Herren allerdings von einer Seite Hilfe bekommen, von der sie diese gar nicht erwartet hätten: wie sich Herr Frick in Thüringen auf Gutachten des preussischen Staatsrechtlers Ernst Cohn stützt, so stützt sich die Rechte jetzt auf den Artikel des Rechtsanwalts Abraham in der Deutschen Juristenzeitung, der die preussische Personalpolitik als reine Parteipolitik bezeichnet. "Mit Cohn und Abraham gegen die Republik" wird wohl die nächste nationalsozialistische Wahlparole lauten. Herr Rechtsanwalt Abraham sollte vielleicht einmal erleben, welche Grimassen an Richterstammtischen, die er für unpolitisch hält, bei der Nennung des Namens Abraham gezogen werden, dann würde er von seinem Glauben an die Objektivität dieser Richter schnell geheilt sein. Herr Lüdicke aber soll erst einmal nachweisen, was er in den 15 Jahren, die er dem alten Dreiklassenparlament angehört hat, gegen die Ungerechtigkeiten des damals herrschenden Systems getan hat. Nur bei diesem Nachweis hätte er das moralische Recht, über nicht genügende Beförderung deutschnationaler Richter zu jammern. Bismarck hat wegen eines einzigen fortschrittlichen Staatsanwalts einen riesigen Krach gemacht. Wollten wir den Justizminister wegen jeden deutschnationalen Staatsanwalt bedrängen, so käme er bei Tag und Nacht nicht aus der Bedrängnis heraus.

Angesichts der zunehmenden Seuche politischer Verleumdung und Gewalttätigkeit, muss man doch fragen, ob die Justiz hier einen richtigen Standpunkt einnimmt. Wie sie gegen Verleumdungen versagt, dafür habe ich schon im Hauptausschuss an zahlreichen Fällen ausgeführt. Ein weiterer: Der Chefredakteur von der deutschnationalen Saalezeitung ist von der Anklage schwerer Beschimpfung und Beleidigung des Ministerpräsidenten Braun unter Anwendung des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) freigesprochen worden. Obwohl der Oberstaatsanwalt in seinem Plädoyer die Rechtsprechung des Reichsgerichts, die in diesem Fall die Anwendung des § 193 ausschloss, ausgiebig zitiert hat, ist das Gericht bewusst von dieser höchstinstanzlichen Rechtsprechung agewichen, ohne auch nur Gründe dafür anzugeben. Noch schlimmer versagt die Justiz gegen Rohlinge. Was nützt es, wenn z.B. in Fällen wie der Ermordung der beiden Sozialdemokraten Paegge und Heinrich durch ehemalige Rotfrontler das erste Urteil nach einem vollen Jahre ergeht? Der traurige Fall in Röntgenthal wäre wahrscheinlich nicht passiert, wenn vorangegangene Mordtaten der Nationalsozialisten wie die am Görlitzer Bahnhof innerhalb kurzer Frist abgeurteilt worden wären. Wenn die Gerichte die Bombenleger aus der Haft entlassen, darf man sich nicht wundern, dass die Bombenlegerei von neuem auflebt. An der Verrohung des politischen Lebens sind aber auch die Kommunisten schuld, die ganz unsinnigerweise gemeine Verbrecher glorifizieren. Den verstorbenen Kobitsch-Meyer haben die Kommunisten beerdigt als politischen Märtyrer mit einem Pomp, wie er von der Sozialdemokratie vielleicht Bebel und Singer zuteil geworden ist. Damit war dieser Kobitsch-Meyer ein ganz gewöhnlicher Einbrecher, der 6 schwere Einbruchsdiebstähle begangen und dabei einen Wächter angeschossen, einen zweiten totgeschossen hat. Ich habe

ein weiteres Strafregister. Es umfasst zehn Nummern, beginnt mit 1 Monat Gefängnis wegen schwerer Körperverletzung und steigt über 8 Verurteilungen wegen Diebstahls, Einbruchdiebstahls, Diebstahls im Rückfall, schwerer Körperverletzung usw. bis auf 10 Jahre Zuchthaus wegen schweren Einbruchdiebstahls im Rückfall in 6 Fällen. Wer ist der Inhaber dieses Vorstrafenregisters? Als am 1. Februar 1930 der Berliner Bezirkskongress der Kommunistischen Partei tagte, da wählte er laut Bericht der "Roten Fahne" zu Ehrenvorsitzenden: Stalin, Losowski, Molotoff, Thälmann und als fünften - den Inhaber dieses Vorstrafenregisters, (Lautes hört, hört!) Sein Name ist Rudolf Margies, er wird von den Kommunisten als politischer Märtyrer gefeiert, weil er nach der Revolution, um sich an der Polizei zu rächen, unter politischer Maske 5 Schutzpolizisten niedergeschossen hat. Wenn die Kommunisten eine solche Ehrung für Stalin und Thälmann für angemessen halten, dass sie die beiden zusammen mit dem Schwerverbrecher Margies in ein Ehrepräsidium wählen, so wage ich dem nicht zu widersprechen. (Sehr gut! bei den Soz. - Betretenes Schweigen bei den Komm.) Wir verlangen von der Justiz, dass sie jede innere und ehrliche Ueberzeugung auf künstlerischem, religiösem und weltanschaulichem Gebiet achtet und ernst nimmt, auch wo diese Ueberzeugung einmal mit dem Strafgesetz kollidieren sollte. Aber andererseits soll die Justiz auch die ehrliche und anständige Ueberzeugung vor dem Terror der persönlichen Verleumdung und der nackten Brutalität, vor niederträchtiger Hetze, wie vor roher Gewalttat schützen. (Lebhafter Beifall links).

Abg. Deerberg (Dtn.) beklagt, dass für viele Akademiker die Justiz ein Verlegenheitsberuf geworden sei, weil sie sonst zu nichts Talent hätten. Das Todesurteil gegen Oberleutnant Schulz sei ein Fehlurteil. Solche Fehlurteile in Kapitalsachen, auch das Fehlurteil gegen von Dielingen, seien die besten Argumente für die Gegner der Todesstrafe.

Weiterberatung Freitag, den 28. März 11 Uhr.

Landtags = Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 27. März (Eig. Ber.)

Bei der Fortberatung des Justizhaushalts kam es am Donnerstag im Preussischen Landtag zu einem schweren Zusammenstoß zwischen dem Volksparteiler Eichhoff und dem Justizminister Dr. Schmidt. Eichhoff griff, wie er es schon im Hauptausschuss getan hatte, aber diesmal noch weit schärfer, die Personalpolitik des Ministers heftig an, dem er die Bevorzugung der Katholiken vor Protestanten und ungerechtfertigte Beförderung linksgerichteter Richter vorwarf. Minister Schmidt wies diese Vorwürfe in ruhiger, aber energischer Form zurück. Gestützt auf statistische Darlegungen zeigte er, dass von einer angeblichen Bevorzugung der Katholiken keine Rede sein könne. Durch Herrn Eichhoffs Rede war Kulturkampfstimmung in das Haus gezogen, die Atmosphäre liess, wie ein Zwischenrufer bemerkte, den baldigen Ausbruch des 30jährigen Krieges zwischen Protestanten und Katholiken erwarten.

Die weitere Debatte zeigte, durch endlose Ausführungen von Redner dritter Garnitur aus den Reihen der Wirtschaftspartei, der Welfenpartei und der Nationalsozialisten, welcher Widersinn es ist, den kleinen Gruppen und Splitterparteien genau das gleiche Rederecht wie den grossen Fraktionen einzuräumen. Eine angenehme Abwechslung brachte nur die Rede des Demokraten Grzimek, die auf einem fortschrittlichen und humanen Ton gestimmt war. Aber erst mit der Rede des zweiten sozialdemokratischen Sprechers, des Abgeordneten Kuttner, setzte die notwendige Abrechnung mit der Reaktion ein. Dem deutschnationalen Redner, der sich über nicht genügende Beförderung deutschnationaler Richter beschwert hatte,

hielt der Redner den Spiegel der Bismärckischen und Nachbismärckischen Beamtenpraxis entgegen. Wann hätten, so fragte er, die heutigen Deutschnationalen, im alten Preussen dagegen protestiert, dass ein Sozialdemokrat überhaupt nicht Richter werden konnte?! Besonders wirksam war die Abfertigung, die Kuttner dem Abgeordneten Eichhoff zuteil werden liess. Eichhoff hatte sich auf das Gerede missvergnügter und sich übergangen fühlender Richter gestützt. Kuttner hielt ihm vor, dass es auch zu Gerede Anlass geben könne, wenn z.B. im Justizministerium jüngst ein Herr zum Ministerialrat befördert worden sei, der dies gewiss durch seine Tüchtigkeit verdient habe, dessen Vater aber zufällig ein bekannter volksparteilicher Politiker sei. Dem kommunistischen Rechtsanwalt Obuch, der kommunistische Tiraden gegen den Youngplan verzapft hatte, wies Kuttner an Hand älterer Protokolle nach, dass er noch im Jahre 1923, unmittelbar nach dem Ruhereinfall, damals als unabhängiger Sozialdemokrat im Landtag für sofortige Anknüpfung von Verhandlungen eingetreten ist. Jetzt, wo die von ihm verlangte Verständigungspolitik zu Erfolgen geführt hat, verurteilt Herr Obuch sie in Grund und Boden. Die lärmenden Zwischenrufe der Kommunisten verwandelten sich in betretenes Schweigen, als ihnen der sozialdemokratische Redner nachwies, dass ihre angeblichen politischen Märtyrer zum grossen Teil gewöhnliche Verbrechere existenzen sind. Der mit Führerehren von den Kommunisten beerdigte Meyer-Kobitsch war ein gewerbsmässiger Einbrecher. Kuttner verlas schliesslich ein weiteres Vorstrafenregister von nicht weniger als zehn Nummern, beginnend mit Diebstahl und Körperverletzung, endigend bei 10 Jahren Zuchthaus wegen sechsfachen Einbruchdiebstahls im Rückfall. Wem gehört dieses Vorstrafenregister? Alles spitzt die Ohren. Aber der Redner sagt es noch nicht. Er führt an, dass der am 1. Februar 1930 im Karl Liebknecht-Haus tagende Berlin-Brandenburger Bezirkstag der KPD laut "Rote Fahne" als Ehrenpräsidium wählte: Stalin, Losowski, Thälmann - und diesen zehnmal vorbestraften Berufseinbrecher. Lange Gesichter bei den Kommunisten. Und nun kommt der Name: es ist Rudolf Margies, den jetzt die KPD als Märtyrer feiert, weil er nach der Revolution 3 Schutzpolizisten erschossen hat. Aus Politik oder aus Rachsucht?! Stalin, Thälmann und der Berufseinbrecher im gemeinschaftlichen Präsidium - ein Bild für Götter. Grenzenlose Bestürzung bei den Kommunisten. Obuch beugt sich zu den kommunistischen Abgeordneten Menzel: "Ist es wirklich wahr?" - Menzel nickt melancholisch mit dem Kopfe.

Weiterberatung: Freitag.